

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements - Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (vollständige) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Einladung.

Arbeiter Berlins! In prächtigen Demonstrationen hat das Proletariat Preußens und an seiner Spitze, wie es die Pflicht gebot, die Arbeiterschaft Berlins, den unerschütterlichen Willen kundgegeben, das gleiche politische Recht zu erlangen und der Demokratie auch den Weg nach dem reaktionären Preußen zu bahnen! Aber der Forderung des Proletariats haben die herrschenden Klassen den frechen Sohn ihres „Niemaß“ entgegengestellt. Einen schweren und wichtigen Kampf haben wir zu kämpfen. Wenn wir aber stets kampfbereit sein wollen, müssen wir uns unterrichten über alle Phasen des Kampfes! Führerin in diesem Kampfe ist die Arbeiterpresse und vor allem das Blatt des Berliner Arbeiters, der

„Vorwärts“.

Ihn zu lesen, wird jetzt doppelte Pflicht eines jeden, der den Kampf der Arbeiterklasse mitkämpfen will, mitkämpfen an der Abschüttelung der Dreiklassenwahl. In den nächsten Monaten wird der Wahlrechtskampf des preussischen Proletariats die Form des Wahlkampfes annehmen. Diesen Wahlkampf zu einer mächtigen Demonstration der Entredeten zu machen, zu zeigen, daß wir uns nicht einschüchtern und nicht terrorisieren lassen durch die Öffentlichkeit der Wahl, daß der preussische Proletarier kein feiger Wicht ist, der seine Gesinnung schände verleugnet, wenn die Mächtigen es verlangen, das wird nun die wichtigste und dringendste Aufgabe, die wir in nächster Zeit erfüllen müssen. Damit diese Aufgabe aber geleistet werden kann, muß jeder Arbeiter zum Arbeiter und Agitator für die Arbeiterschaft, für die Arbeiterpresse werden. Darum werbt und agitiert für den

„Vorwärts“.

Je kräftiger die Unterstützung, desto wuchtiger die Waffe. In ihrem Kampfe um das Recht der Arbeiter steht die Arbeiterschaft allein. Nur auf die eigene Kraft kann sie sich verlassen. Verrat an der eigenen Sache begeht deshalb jeder, der statt der Arbeiterpresse die bürgerliche Presse unterstützt. Gerade jetzt hat sich die völlige politische Korruption der bürgerlichen Parteien völlig offenbart; in einem schändlichen Prinzipienverrat, in der Schaffung eines Ausnahmegesetzes gegen die fremdsprachlichen Staatsbürger, der Verschlechterung des Koalitionsrechtes, in der Ausnahmebestimmung gegen die Jugendlichen ist der deutsche Freisinn verendet. Wollt Ihr da das politische Leben dieser Partei noch künstlich verlängern, indem ihr noch länger ihre Presse unterstützt?

Sinaus mit der bürgerlichen Presse aus dem Haus des Arbeiters! Jedem Arbeiter, jeder Arbeiterfrau, die noch abseits steht, bringet den Satz zum Bewußtsein: In das Haus des Berliner Arbeiters gehört nur ein Blatt, der

„Vorwärts“.

Der Wahlrechtskampf in Ungarn.

Aus Budapest wird uns geschrieben:

Der Wahlrechtskampf des ungarischen Proletariats ist in ein neues, entscheidendes Stadium getreten. Die Regierung hat die Absicht, die Arbeiterschaft mit ihrer Wahlreform schmähtlich zu hintergehen und nur das opferfreudige Auftreten des Proletariats wird imstande sein, das geplante Attentat zu verhindern.

Die in der Regierungskoalition vereinigten Parteien haben zwar unter dem Druck der Verhältnisse das allgemeine Wahlrecht in ihr Programm aufgenommen und die Regierung die Verpflichtung übernommen, es schleunig zu verwirklichen, aber sowohl die Parteien, als auch die Regierung haben ihr Möglichstes geleistet, um die sogenannte „Übergangszeit“ ihres Regimes zu verlängern und die Wahlreform zu vereiteln.

Jedoch die Galgenfrist ist abgelaufen und die brennende Frage der Wahlreform muß gelöst werden. Um nun aber Herrin sowohl der Wahlreform als auch des zukünftigen Parlaments zu sein, hat die Regierung, die aus der Opposition gegen die Eisgasse Hausordnungsrevision hervorgegangen ist, einen Entwurf zur Abänderung der Geschäftsordnung eingebracht, durch die jede Opposition in Zukunft unmöglich werden soll. Durch dieses Manöver bezweckt die Regierung zweierlei: erstens wird sie in die Lage versetzt, ihre Wahlreform gegen den Widerstand der Sozialisten und Nationalitäten in kürzester Zeit durchzusetzen; die Arbeiterschaft, die entschlossen ist, wenn es sein muß, zu der Waffe des politischen Massenstreiks zu greifen, soll vor eine vollendete Tatsache gestellt werden. Andererseits aber

sichert die Regierung das „Majoritätsprinzip“ gegen die zukünftigen Minoritäten der „unpatriotischen Elemente“.

Die Regierung will ein Pluralwahlrecht mit öffentlicher, gemeindeweiser Abstimmung einführen. Nach der geplanten „Reform“ soll wohl jeder des Lesens und Schreibens kundige Arbeiter das Wahlrecht bekommen, aber die unter den Nationalitäten besonders zahlreichen Analphabeten sollen, wenn sie keine Steuerzahler sind, auch weiterhin entrechtet bleiben. Die Mitglieder der herrschenden Klassen aber würden über zwei und drei Stimmen verfügen. Zieht man nun noch in Betracht, daß die Regierung durch das öffentliche, gemeindeweise Wahlverfahren den Terrorismus der „staats-erhaltenden Elemente“, der Pfaffen, Gemeindevorsteher und Stuhlrichter aufrecht erhalten und durch eine künftige Wahlkreisgeometrie den Wahlsieg der sozialistischen oder Nationalitätskandidaten unmöglich machen will, dann wird es nur zu sehr verständlich, wozu das frivole Spiel mit der Revision der Geschäftsordnung dienen soll.

Ungarn hat durch seine verspätete wirtschaftliche Entwicklung noch heute keine klassenbewußte Bourgeoisie. Gleichzeitig mit der Bourgeoisie hat sich das industrielle Proletariat entwickelt und in Gewerkschaften organisiert, die den wirtschaftlichen Kampf gegen das Kapital aufgenommen haben. Das bedrängte Kapital hat nun bei der agrar-feudalen Regierung Schutz gesucht und gefunden. Die Regierung hat die Gelegenheit ausgenützt, um auf der einen Seite das gut zu machen, was sie auf der anderen Seite durch einseitigen Schutz und Unterstützung des feudalen Großgrundbesitzes gegenüber dem industriellen und Handelskapital verbrochen hat. Die Beche mußte freilich das Proletariat bezahlen. Der ganze feudale Verwaltungsapparat des Ministers Andrássy wurde gegen die Arbeiterorganisationen losgelassen, die Gewerkschaften teilweise suspendiert, teilweise aufgelöst, Versammlungen nicht genehmigt, die Arbeiterpresse durch die „unabhängigen“ Gerichte verfolgt! So gelang es der Regierung, trotz ihres ausgesprochen agrarischen Charakters, die Bourgeoisie auf ihre Seite zu bringen!

Es ist aber noch ein anderer Umstand, dem wir es zuschreiben müssen, daß das Proletariat in seinem Kampfe um politische Rechte auf den Beistand der übrigen Klassen nicht rechnen darf. Die Regierung hat es verstanden, durch die Vereitelung des selbständigen ungarischen Zollgebietes — einer alten Forderung der Sozialist-Partei! — den agrarischen Charakter des Landes zu wahren, andernteils aber hat sie sich mit den Millionen von Subventionen, die zum Zwecke der „Industrieförderung“ votiert wurden, die industrielle Kapitalistenklasse dienstbar gemacht. Wenn wir dann noch an die zahlreichen Interessenbände denken, die die Kleinrentner, Kleinrentnerbetreibenden und Intellektuellen an die herrschenden Schichten stellen, müssen wir es nur zu begreiflich finden, daß das kämpfende Proletariat sich einer kompakten Reaktion gegenüber befindet.

Der Druck der politischen Entredung, die brutale Verfolgung der Koalitionsfreiheit und die wirtschaftliche Depression, die einen Teil der Arbeiterschaft von der Werkstätte auf die Straße versetzte, sind die Ursachen, weshalb der politische Kampf des Proletariats, nachdem dasselbe die schmähtlichen Pläne der Regierung kennen gelernt hatte, immer schärfere Formen annimmt. Der Optimismus eines Teils der Arbeiterschaft, die „nationale“ Regierung werde ihr ihrem Versprechen gemäß Recht „gewähren“, hat schon lange an Boden verloren und die Massen ergreift immer mehr jene dumpfe Unzufriedenheit, die revolutionären Aktionen voranzugehen pflegt. So gewinnt die zielbewußte Aktion des organisierten Proletariats immer mehr an Bedeutung, je mehr das ganze Proletariat — die unteren Schichten des Kleinbürgertums mit inbegriffen — sich der Haltlosigkeit der bestehenden Zustände bewußt wird und den Weg sucht, diese abzuschaffen. Nur durch diese führende Rolle des organisierten Proletariats können wir uns die Größe seines politischen Einflusses erklären, die weit über ihre zahlenmäßige Größe hinausragt.

Je klarer die volksfeindliche Tendenz der Regierung an den Tag tritt, um so entschiedener ist der Widerstand, auf den sie beim Proletariat stoßen muß. Am 8. März hat die erregte Arbeiterschaft Demonstrationen arrangiert, die sich an den folgenden Tagen wiederholt und am 13. März in den Straßen Budapests einen ganz revolutionären Charakter angenommen haben. Das entschiedene Auftreten der Arbeiterschaft hat denn auch die Regierung veranlaßt, „entschiedene“ Maßnahmen zu ergreifen. Der Minister des Innern, Graf Andrássy, der rücksichtslos Verächter feudaler Klasseninteressen, hat am 14. März, am Vorlage des nationalen „Freiheits“festes unter stürmischem Jubel des ganzen Hauses erklärt, er werde selbst vor Blutberggüssen nicht zurückschrecken und auch zur Auflösung der Gewerkschaften schreiten. Budapest wurde tatsächlich in den Belagerungszustand versetzt und die Herrschaft des Polizeifabels proklamiert.

Es ist aber sehr kurzfristig, zu glauben, daß eine notwendige geschichtliche Entwicklung durch die Hufe der Polizeipferde aufgehalten werden kann. Die Zahl der jährlichen Auswanderer, die sich auf 250 000—300 000 beläuft, ist das beste Symptom der Haltlosigkeit der bestehenden Zustände. Amerika schickt die Auswanderer zurück und sperrt seine Grenzen. Die wirtschaftliche Krise wirft einen großen Teil der Arbeiterschaft auf die Straßen, in Budapest hat das immer wachsende Elend bereits den Hungertypus erzeugt. All dies

läßt mit Bestimmtheit voraussagen, daß Ungarn vor einer revolutionären Bewegung steht, in der der politische Kampf des klassenbewußten Proletariats seinen Abschluß finden muß. Welches immer die Nachmittel einer brutalen Regierung auch sein mögen, das organisierte Proletariat wird an der Spitze des gesamten Proletariats seinen Kampf siegreich weiterführen, egedenk der Worte unseres Meisters und Lehrers: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, sie haben eine Welt zu gewinnen!“ An der Opferwilligkeit des Proletariats werden alle reaktionären Gewaltmaßregeln Schiffbruch erleiden.

Ein europäisches Ereignis.

Ein alter Parlamentsjournalist schreibt uns: In Ihrer Sonntagsnummer können Sie wiederholt auf die Rolle zurück, die Herr Müller-Meinungen bei dem Streik der parlamentarischen Berichtserfasser gespielt hat, den die bürgerliche Presse mit sattem Behagen als „europäisches Ereignis“ registriert. Hat Herr Müller-Meinungen in der Tat eine Keuherung des Herrn Gröber, die dieser nur zu seiner nächsten Umgebung getan hat, für hehrliche Zwecke der Journalistentribüne hinterbracht, so ist der ganze Lärm sinn- und zwecklos, wenn man nicht eine historisch bemerkenswerte Tatsache darin erblicken will, daß die freisinnige Partei zum ersten Male in ihrem Dasein ein „europäisches Ereignis“ herbeigeführt hat, und zwar auf dem Wege heimlichen Klatsches.

Als zur Zeit des Sozialistengesetzes ein sozialdemokratischer Abgeordneter eine flammende, auch die bürgerliche Mehrheit fortreichende Rede hielt, sagte Herr Bomberger zu seiner nächsten Umgebung in wehmütiger Resignation: Die haben noch den Glauben. Diese Keuherung gelangte in den Züricher „Sozialdemokraten“, worauf sich in der freisinnigen Presse ein stürzliches Geseul erhob über die „pöbelhafte Unanständigkeit“, „private Keuherungen von Reichstagsabgeordneten“ zu „belauschen“ und in die Öffentlichkeit zu tragen. Man war die Keuherung Bombergers immerhin eine politische Keuherung, die ihren Urheber selbst in gar kein schlechtes Licht stellte, denn sie zeigte, daß Herr Bomberger den Mahnungen seines ehemals demokratischen Gewissens nicht ganz unzugänglich war. Allein wenn ihre Verbreitung durch den Züricher „Sozialdemokraten“ eine „pöbelhafte Unanständigkeit“ war, wie soll man dann, an diesem freisinnigen Maßstabe gemessen, das Verfahren des Herrn Müller-Meinungen nennen?

Die Journalistentribüne hätte darum auch am nächsten daran getan, dem Klatscher die Tür zu weisen. Ich weiß nicht, ob sie jetzt so viel frommer geworden ist, aber vor einigen Jahrzehnten pflegten wir jungen Kerle, wenn uns ein endloses Gerede des Herrn Eduard Lasker oder des Herrn Eugen Richter daran hinderie, rechtzeitig zum Abendessen zu kommen, also aus einem immerhin nicht dringlichen Anlaß, Schmeicheleien an die Urheber unserer Dürftigkeit zu richten, die sich mit den schwäbisch-deutschen „Saubengels“ wohl messen konnten. Hätte uns deshalb irgend ein Klatschmaul bei den also geklatschten Ehrenmännern denunziert, so trauen wir ihnen noch im Grabe gern zu, daß sie deshalb noch nicht mit dem elenden Angeber fraternisiert hätten.

So viel über Herrn Müller-Meinungen! Steht die Sache aber so, daß Herr Gröber in abschließend fränkender Weise die „Saubengels“ zur Tribüne hinaufgeschleudert hat, so ist der Streik der Journalistentribüne vollkommen gerechtfertigt. Wir haben dann alle Sympathie dafür und bebauern im Interesse der Streikenden nur, daß sie sich ein wenig spät auf ihre Ehre und Würde besinnen, daß sich ihnen eine Gefellschaft anhängt, in der wir sie ungern sehen, und namentlich auch, daß ihre gerechte Sache für sehr ungerechte Zwecke ausgebeutet wird.

Mag man Herrn Gröbers „Saubengels“ so schwer einschütten, wie man will, so ist das gestülpte Wort doch ein Stinderspiel gegen das, was sich die Journalistentribüne sonst hat bieten lassen. Als Bismarck im Jahre 1874 den Gebrauch von Operngütern auf ihr verbot, aus Angst, daß ihm in seine Alten geliebt werden könnte, wurde sie in unverkämter Weise beleidigt, aber der Versuch, den unser verstorbenen Genosse Leopold Jacoby und der Schreiber dieser Zeilen machten, sie deshalb zu einem Streik zu veranlassen, erstichte an allgemeinem Hohngelächter über eine so zeitwidrige Zumutung. Insofern macht es einen nicht ganz unbedeutlichen Eindruck, daß der erste Versuch der Journalistentribüne, sich zu ermannen, jetzt an dem Mitgliede einer Partei gemacht wird, auf die augenblicklich die ganze Blockbühnenerschaft loskackt und der namentlich die hochwohlwollige Regierung von Herzen einen Dankschilling gömmt.

Inmerhin kann darauf die Journalistentribüne erwidern: Was können wir dafür, daß gerade ein ultramontaner Abgeordneter uns belächelt hat? Dieser Einwand ist auch vollkommen zutreffend. Aber eine etwas größere Reserve gegen unwillkommene Bundesgenossen könnte sie sich wohl auferlegen. Wenn sie in ihren täglichen Schläfenbulletins mit besonderem Wohlgefallen hervorhebt, daß auch die Telegraphenbureaus und die Zeitungsblätter, die im Dienste der Regierung stehen, ihren Streik unterstützen, so muß sie sich doch klar darüber sein, daß diese Unterstützung nicht irgend einem Interesse für die „Ehre und Würde“ der Presse entspringt, die ja tagtäglich von den Organen der Regierung mit Häfen getreten wird, sondern allein dem Wunsch, dem Zentrum ein auszuweichen. Wir haben sicherlich nichts für das Zentrum übrig, also für Herrn Gröber oder gar Herrn Erzberger, der ein abschredender Typus von parlamentarischem Kretinismus und reporterhafter Geschäftemacherei ist, aber selbst dieser Gesellschaft gegenüber können wir nicht ganz das — zeitgemäß umgedeckte — Wort Lessings vergessen: Auf wen Wilows Zeitungsgeschwister loskackt, der hat vor uns Frieden.

Oder ein ander Beispiel! Die Schläfenkassette der Journalistensitzung melden preislich, der Verein Berliner Presse unterstüzt ihren Streik und wolle sogar, wenn auch noch keinen seiner fertigen Salatenbälle, so doch eine „Extraktion“ dem Falle widmen. Dieser Bundesgenossenschaft sollten sich die Streikenden auch nicht gerade rühmen. Denn jener biedere Verein hat mit seinem gewerdmäßigen Ansehen bei mehr oder minder berühmten Männern, mit seiner Sanktion von Preschreibungen in den Fällen Schmeißer und Stephan und anderen Dingen, mehr die „Ehre und Würde“ der Presse mehr geschädigt, als sämtliche Schimpfwörter der deutschen Sprache sie schädigen könnten, selbst wenn sie mit voller Zentimeterkraft auf sie geschleudert werden.

Genug dieser Beispiele, die wohl schon zur Genüge zeigen, daß der gerechte Streik der Journalistensitzung von einer sehr zweifelhaften Bundesgenossenschaft für sehr ungerechte Zwecke ausgebeutet werden kann und auch schon ausgebeutet wird. Die freisinnige Presse lobt nicht umsonst wie besessen für die „Ehre und Würde“ der Presse, sie will damit den insamen Verrat vergessen machen, den sie eben in Sachen des Reichvereinsgegesetzes begeht. Hiergegen sich beizeiten zu wehren, ist unseres Erachtens für die Arbeiterpresse umso nötiger, je mehr auch sie verpflichtet ist, den Streik der Journalistensitzung, soweit er in der Tat einem Verwundtsein für Ehre und Würde der Presse entspringt, an ihrem Teile zu unterstützen.

Es ist ein recht bescheidener Anfang, gewiß, aber gut Ding will Weile haben, und wenn die bürgerliche Presse endlich von ihrer feigen Anschickeligkeit gegen die unterdrückten und ihrer feigen Verlogenheit gegen die unterdrückten Klassen ablassen will, so soll es ihr an unserem kundigen Rat und unserer wohlwollenden Unterstützung nicht fehlen. Allein wenn ein noch recht schlichter Ausnahmefall — denn schließlich wiegt das „europäische Ereignis“ an wirklicher Bedeutung für menschliche Kultur nicht den kleinsten Streik auf, den hungernde Proletarier gegen entwürdigende Behandlung kämpfen —, benutzt werden soll, die schmälliche Regel zu bestätigen, so muß hier von vornherein eine klare und scharfe Grenzlinie gezogen werden.

Die „ehrliehen Anwälte der Polen“.

Die Kunst des Beschönigens steht augenblicklich beim Vlodzefreissinn in hoher Schätzung. Gewiegte Schminnkünstler, die es verstehen, „verblühten“ Gesägtern jugendliche Frische zu verleihen, finden in der freisinnigen Presse zurzeit lohnende Beschäftigung. Es gilt zu beweisen, daß der Freissinn die Vereins- und Versammlungsfreiheit nicht verraten hat, wie böswillige Leute behaupten, sondern daß er sie im Gegenteil tapfer verteidigt hat; daß er die Polen nicht unterdrückt hätte, sondern daß er der ehrliehen Anwälte der Polen ist.

Dieser Ton hat bekanntlich Staatsmann v. Bajer angeschlagen. Ihm pfeifen nun die anderen Staatsmänner, so in der Presse des entschiedenen Liberalismus sitzen, gelehrt nach. U. a. auch der sehr freisinnige Dr. Dohle der ebenso freisinnigen „West. Ztg.“ Er redet ein Langes und Breites über die Unfruchtbarkeit des prinzipiellen Standpunkts in der geschwollenen Manier des Salaten, der einmal mitreden darf. Die Zulassung der Jugendlichen zu Vereinen und Versammlungen hält er für eine „sehr untergeordnete Frage“. Daß infolge der Zurückweisung des Freissinns die schulenlose Jugend den Einwirkungen der reaktionären Parteien ausgeliefert wird, deren religiös-klerikale Jugendvereine natürlich von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes nicht getroffen werden, daß eine organisierte Gegenwirkung wider diese Vereine stark erschwert wird, das sieht Herr Dohle nicht oder will er nicht sehen. Und dann fährt der ehrliehen Anwalt des Umfalles und der 40 prozentigen Entrechtigung fort:

„Sichtlich des Sprachenparagraphen aber sind wir tatsächlich die ehrliehen Anwälte der Polen gewesen. Wir haben im Reichstage zu retten gesucht, was an Freiheit für sie zu retten war, und was sie sicher verloren hätten, wenn die ganze Materie ausschließlich im Landtag zur Entscheidung gekommen wäre.“ Indes hält die Pose des ehrliehen Polenadvokaten nicht lange vor. Herr Dr. Dohle hat anscheinend empfunden, daß die Betretung der polenfreundlichen Gründe des Umfalles nicht allzuviel Kredit finden und ärgerlich darüber fällt er aus der Rolle und beginnt während auf die Polen loszufahren, die die Mißhandlung durch die preussische Reaktion nicht mit der sanftmütigen Ergebung, nicht mit der „Würde“ hingenommen haben, mit der ein lokaler deutscher Freissinn allezeit die Schritte der preussischen Junkerklasse quittiert hat. „Stekt uns das Interesse unserer deutschen Reichsbürger nicht doch näher, als das des ewig gegen den Staat frontierenden Polentums?“ fragt der freisinnige Mann, der längst vergessen hat, daß er nicht wegen der Verletzung polnischer Interessen, sondern wegen Verletzung eines freisinnigen Grundgesetzes angeklagt ist. Ja, es ist allerdings wahr, die preussische Polenpolitik hat die Polen stark gereizt — aber die Polen haben in der Abwehr doch die Würde und Besonnenheit vermissen lassen, sie haben sich erlaubt, zu hoffen und in den Reuerungen ihres Hasses temperamentvoll über die Stränge zu schlagen, sie haben auf die Provokation der Salaten mit ebenfolchen Provokationen geantwortet, sie haben in ihrem Kampfe dem Deutschtum nicht immer objektiv Gerechtigkeit widerfahren lassen! Kurz, sie sind sehr schlechte Gesellen, denen es eigentlich gar nicht übel genug gehen kann, für die ein deutscher Freissinn gar keine Veranlassung hat, seinen Sitz am äußersten Ende der Regierungsbank zu riskieren. Ja, wenn die Polen lokale preussische Staatsbürger wären, dann würde der Freissinn sie mit Barmherzigkeit zu verteidigen bereit gewesen sein — zumal es dann gar nicht notwendig gewesen wäre.

Man sieht, der Vlodzefreissinn hat nicht mehr weit zum Galatismus. Wenn die Vlodzpolitik noch einige Zeit dauert und ein ähnlicher Hapen wie die Vordereform den Staatsmännern an die Nase gehängt wird, die die Unfruchtbarkeit als prinzipiellen Standpunkt angesehen haben, so nimmt der Freissinn schließlich auch noch den Galatismus an — mindestens zu 40 Prozent.

Zu der Wüste predigen die Wenigen, die den Umfall verdammen. Resigniert schreibt v. Gerlach in der „Welt am Montag“:

„Ein scheinbar bisher für den deutschen Liberalismus feststehendes: daß der Grundgedanke des gleichen Rechtes für alle, Liberaler, die für Ausnahmefälle sind, gab es nicht, abgesehen von Rationalisten natürlich, die ja längst konservativ geworden sind.“

Jetzt hat der Liberalismus sich selbst aufgegeben. Die Konservativen können jubeln. Wer die Polen unter Ausnahmefällen festhält, soll die Sozialdemokraten davon verschonen! Die Antisemiten können triumphieren: es ist erreicht! Wer die Polen ob ihrer Rasse entrechtet, wie soll der grundsätzlich einem Antijudentum opponieren?“

Und voll grimmer Satire, aber wenig Kampflustig sagt der demokratische „Nürnbergischer Anzeiger“:

„Am Schicksalstage des 18. März 1908 starb der deutsche Demokratie politisch ein Mann, der bislang vielen als ihr Führer gegolten: Friedrich Ritter v. Bajer. Er war einer von denen, die schon die Nähe der Nacht nicht vertagen konnten. Mag er weiter mit seiner Eitelkeit, dem vielbeschworenen Herrn Müller, bei Fürst Bülow dinstieren, mag er sich immerzu als „Staatsmann“ betätigen, für die deutsche bürgerliche Demokratie,

der er das Odium des nachsten Prinzipienverrats aufgeladen hat, ist er nicht mehr, darf er nicht mehr sein!“

Indes ist gerade aus Nürnberg ein Kampftruf ergangen. Der Gesamtausschuß des demokratischen Vereins zu Nürnberg hat folgende Resolution gefaßt:

„Der Ausschuß nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Haltung der demokratischen Fraktion des Reichstages in der Sprachenfrage des Reichstages. Der Ausschuß beantragt: 1. Beim Parteivorstand in Karlsruhe die unverzügliche Einberufung eines außerordentlichen Parteitages der deutschen Volkspartei behufs Stellungnahme zur Haltung der demokratischen Fraktion im Reichstage. 2. Beim engeren Landesauschuß der deutschen Volkspartei in Bayern (München) die Einberufung einer außerordentlichen Landesversammlung, um über den Austritt der bayerischen Organisation aus der Gesamtpartei zu beschließen, falls die Reichstagsfraktion ihre Stellungnahme in Sachen des Sprachenparagraphen nicht ändert.“

Was wird dabei herauskommen? Wir vermögen leider an einen Erfolg der Nürnberger Demokraten nicht mehr zu glauben. Das „Berliner Tageblatt“, das den Umfall nicht verteidigt, hofft auf eine Verständigung zwischen Fraktion und Parteiorganisation. Auf eine Verständigung — nicht auf eine Unterwerfung der Fraktion!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. März 1908.

Steinkram im Dreiklassenhaufe.

Während der Reichstag unter Ausschluß der Öffentlichkeit sich gestern über auswärtige Politik unterhielt, verhandelte das pärtlich besetzte Abgeordnetenhaus über Quellenschutz und Gebammengesetz. Das von der Regierung vorgelegte Quellschutzgesetz wurde von Zentrums- und Freisinnrednern als Eingangsbesort zum Zukunftsstaat demunziert, weil es gewisse Enteignungsbesortschaften enthält. In der Tat staltet es die Quellschutzbestimmungen mit allerhand Privilegien aus, die für Vertreter des Proletariats unannehmbar sein würden, wenn solche im Selbstparlament säßen. Der nationalliberale Abgeordnete Lufsen rührte den saulen Witz, daß das Gesetz am meisten in Hessen-Kassau begrüßt werde, weil es nämlich für Hessen-Kassau keine Geltung haben soll.

Nachdem das Quellschutzgesetz glücklich unter Dach und Fach gebracht worden war, verwandelte sich das ganze Haus in einen hebanmenfreundlichen Vlod und botierte eine Vorlage, die den Gebammern direkt kleine Verbesserungen ihrer Lage bringen soll. Bei dieser Gelegenheit war es, daß Müller-Sagan-Berlin unter Hinblick auf die schwache Besetzung des Hauses mit zumeist recht bejahrten Herren sich den Scherz leistete: die Sache scheine ja nur Großväter zu interessieren.

Schließlich kam noch ein freisinniger Antrag an die Reihe, der ein paar modern ausschauende Pläden auf die urreaktionäre und hochagrarische sogenannte Kreisordnung besten will. Prompt diente ein konservativer seinen Vlodbrüdern mit einem Gegenantrag, der vielmehr den agrarischen Charakter der Kreisordnung, dieser Selbstverwaltungslatur, noch mehr festlegen soll. Beide Anträge wanderten an eine Kommission, worauf sich das Haus verließ, um sich für die bevorstehende Lesung der Sekundärbahnvorlage zu stärken.

Vom Journalistenstreik im Reichstage.

Der Verein Arbeiterpresse hat durch seinen Vorstand an die Journalisten der Reichstagstribüne folgenden Brief gerichtet:

„Der unterzeichnete Vorstand des Vereins Arbeiterpresse beglückwünscht die Pressevertreter auf der Tribüne des Reichstages auf ihrer energischen Abwehr ungerechtfertigter und beleidigender Angriffe und wünscht ihnen vollen Erfolg in ihrem Kampfe.“

(gez.) Emanuel Darm, Heinrich Schulz, Robert Schmidt, Max Grunwald, Hans Vlod.“

Trotz des einmütigen Zusammenhaltens und der störungs-freien Solidarität der deutschen Journalisten aller Parteirichtungen hat sich an der Situation im Reichstage nicht das geringste geändert. Der Abg. Gröber bleibt bei seinem unanständigen Verhalten, die einmal ausgestoßene und bekannt gewordene Verleumdung nicht zurückzunehmen, Müller-Reinigen veranstaltet eine verzweifelte Hehjagd auf alle bürgerlichen Journalisten von Einfluß, um ihnen zu erklären, daß er aufgeregt, sonst aber ein warmer Freund der Presse sei, und der Präsident Graf Stolberg gleich andauernd dem Gröber auf dem Dache, der sich nicht zu helfen weiß, macht heute Vermittlungsvorschläge, um sie morgen wieder zurückzunehmen, weil Herr Gröber nicht will, zieht abwechselnd Wassermann, Rugdan, Kröcher, Normann und Kogalla v. Dieberstein zu Rate und kommt zu keinem Entschluß. Inzwischen begann der Reichstag heute die Beratung des Etats des auswärtigen Amtes, und Bülow sah Stunde um Stunde nervös auf seinem Plage und wußte nicht, wem er eher zu Gefallen sein sollte, dem unfähigen Reichstagspräsidenten oder der Presse. Schließlich winkte er aber, zum Veden aufgefördert, mit verzweifelmtem Achselzucken ab, und so ist denn die Welt um die glänzende Chance gekommen, das Bülowische Geschwäh einmal nicht zur Kenntnis nehmen zu brauchen.

Die Situation bleibt also völlig ungeklärt, die Ausichten auf eine Einigung werden durch die lange Zeitdauer, die inzwischen verstrichen ist, nicht besser. Es läge im dringenden Interesse der deutschen Volksvertretung, die verfassungsmäßig garantierte Öffentlichkeit der Verhandlungen wieder herzustellen. —

Der blamorene Europäer.

Herr Müller-Reinigen bestreitet in einer Zuschrift an die Presse, daß er das Gröberische Schimpfwort der Presse „demunziert“ habe. Nach einer Mitteilung der Tribünen-Journalisten des Reichstages stelte jedoch der Journalist, der mit Herrn Müller-Reinigen während der fraglichen Reichstagsitzung gesprochen hatte, fest, daß er erst durch Herrn Müller-Reinigen erfahren habe, daß Gröber den Ausdruck „Saubengel“ gebraucht habe. Nur habe Herr Müller die Mitteilung nicht am Anfang des Gespräches gemacht, sondern erst am Schluß, als er „auf dem Sprunge gewesen“ sei, in den Sitzungsaal zurückzuführen. Durch diesen Journalisten erhielt dessen Kollegen-schaft von der Reuerung Gröbers also überhaupt erst Kenntnis! Wenn Herr Müller-Reinigen bestreitet, daß er Herrn Gröber habe demunziert wollen, so mag die Absicht auf sich beruhen. Die Tatsache der Demunziation sieht jedenfalls fest! Ebenso die Tatsache, daß Herr Müller-Reinigen war, der die Entrüstung des Zentrums erst auf die Journalistensitzung ablenkte und dadurch Gröbers Bemerkung provozierte. Schließlich erklärte der betreffende Journalist, der das Gespräch mit Herrn Müller-Reinigen gepflogen hatte, daß er Herrn Müller in keiner Weise

Ursache gegeben habe, sich, wie er das nachher tat, geführrerhaben im Auftrage der Gesamtheit der Journalisten über die Ungehörigkeit eines einzelnen von ihnen zu entrüsten.

Nicht Herr Gröber ist also bei der ganzen Affäre der blamorene Europäer, sondern Herr Müller-Reinigen!

Sozialisten in der bürgerlichen Presse.

Die die vorlehte Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“, findet auch die lehte Nummer (Heft 8 des Jahrg. 1908) in der Presse der bürgerlichen Parteien große Anerkennung. Besonders erfreut sich ein „Wahlrechtskamp und Wahlkamp“ betitelter Artikel Richard Calwers, in dem die „Klassenkampfakt“ bei den preussischen Landtagswahlen verworfen und unserer Partei die unbedingte Unterstützung der sich für ein „freies Wahlrecht“ erklärenden bürgerlichen Kandidaten empfohlen wird, viel-fertiger Zustimmung.

Zitert werden in den bürgerlichen Blättern meist folgende Sätze:

Es handelt sich vielmehr darum, ob wir einen langwierigen Weg zur Erreichung eines freien Wahlrechts zum preussischen Abgeordnetenhaus nicht scheuen wollen, nachdem man erlauft hat, daß es einen kürzeren nicht gibt. Nehmen wir die Hälfte, von welcher Seite sie kommt! Wir müssen zunächst darauf ausgehen, solche Männer in den Landtag zu wählen, die eine fortschrittliche Aenderung des Wahlrechts gleich und erstreben. Ohne Rücksicht auf die Einbringung eigener Kandidaten muß es unsere Aufgabe sein, durch die Stimmen der dritten Wählerklasse die Entscheidung zwischen den Kandidaten der ersten und zweiten Klasse in einem für die Wahlrechtskampagne fortschrittlichen Sinne herbeizuführen. . . . Wir dürfen in diesem Kampfe mit den uns in der Wahlrechtsfrage nahestehenden Parteien zum Vorteil der Anhänger des bestehenden Wahlrechts nicht auch dann in Wettbewerb treten, wenn dadurch der Kritik Gegner unserer Bestrebungen in den Sattel gehoben wird. Auf diesem Wege kommen wir nie und nimmer in der Wahlrechtsfrage vorwärts. Wollen wir in absehbarer Zeit vorwärts kommen, so müssen wir sogar in scheinbar weitestgehender Uneigen-nützigkeit die Parteilgruppen im preussischen Landtag zu verstarfen suchen, die sich für eine freiere Ausgestaltung des Wahlrechts erklären und dafür einreten wollen. . . .

Wenn bis zur Landtagswahl die bisher empfohlene Taktik nicht ausgegeben wird, wenn Liberale und Sozialdemokraten in den nämlichen Wahlkreisen sich gegenseitig bekämpfen, um den gemeinsamen Gegner zu stärken, dann bleibt die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses im allgemeinen genau so, wie sie ist, und die Frage einer Wahlrechtsreform ist dann auf lange Zeit hinaus wieder vertagt.

Am besten gefällt natürlich dieser Vorschlag einer Unterstützung der sogenannten „wahlrechtsfreundlichen“ Parteien den Freisinnigen; doch findet selbst die „Kreuz-Ztg.“ Calwers Ausführungen „treffend“.

Zentrum und Wahlrecht.

In einer Zentrumsversammlung in Berlin hat der Reichstagsabgeordnete Giesberts, der dort über die preussische Wahlrechtsfrage redete, sich auf das Wort Bismarcks von dem kleinsten aller Wahlsysteme berufen und im Anschluß daran gesagt: „Die Wahlkreiseinteilung und die plutokratische Zulassung des Wahlrechts führen zu ganz eigenartigen Ergebnissen.“ Herr Giesberts hätte hinzusetzen sollen, daß das Zentrum, wie seine Abstimmung über den freisinnigen Wahlrechtsantrag beweist, es ablehnt, an diesen „ganz eigenartigen Ergebnissen“, soweit sie durch die Wahlkreiseinteilung bewirkt werden, etwas zu ändern! Und die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, der Herr Giesberts einst an leitender Stelle vorstand, schrieb noch vor kurzem:

„Die Zentrumsparlei hat in der preussischen Wahlrechtsfrage getan, was sie in der Vlodära tun konnte: sie hat dem Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen einstimmig zugestimmt, die Neueinteilung der Wahlkreise unter dem gegenwärtigen Wahlsystem aber abgelehnt. Und daran tat sie gut. Denn eine Wahlkreiseinteilung in der Vlodära hätte zweifellos dahin geführt, daß die Zentrumsparlei zur Ohnmacht geometrisiert worden wäre mit dem Ziele: Teilung der Beute zwischen Nationalliberalen und Konservativen.“

Die Begründung, weshalb das Zentrum sich der Neueinteilung der Wahlkreise widersetzt, ist Schwindel. Die „Vlodära“ hat im Abgeordnetenhaus nichts zu bedeuten und das Zentrum braucht von seinen guten Freunden, den Konservativen, in diesem Falle gar nichts zu fürchten, aus dem einfachen Grunde, weil die Konservativen sich ebenfalls einer Neueinteilung der Wahlkreise widersetzen. Zudem hat das Zentrum diese Neueinteilung der Wahlkreise bereits abgelehnt zu einer Zeit, als es noch regierende Partei im Reiche war und niemand noch an den konservativ-liberalen Vlod dachte!

Wenn das Zentrum die jetzige höchst ungerechte und widerfönnige Wahlkreiseinteilung beibehalten will, so nicht mit Rücksicht auf die „Vlodära“, sondern mit Rücksicht auf den Vorteil des Zentrums, das in hervorragendem Maße von der Bevorzugung der kleineren ländlichen Wahlkreise profitiert. Daß dadurch gerade das industrielle Proletariat in der standalösesten Weise entrechtet wird, ist dem „arbeiterfreundlichen“ Zentrum gleichgültig! —

Zeitungsreklame auf Reichskosten.

Die „Frankfurter Zeitung“ macht über die Afrika-Expedition des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg neuerdings interessante Mitteilungen. Die Expedition des Herzogs, von dessen wissenschaftlicher Befähigung wenig bekannt ist, der aber als großer Liebhaber des Jagdsports gilt, ist nicht nur durch Berliner und andere Museen und Institute, sondern auch von dem Reich mit 60 000 Mark unterstützt worden. Und zwar, wie die „Frankfurter Zeitung“ feinerzelt behauptete, auf Verantwortung des Vorsitzenden der Landesländlichen Kommission für die Schuggebiete, der mit dem Verleger der „Täglichen Rundschau“ identisch ist. Ihren wissenschaftlichen Charakter hat die Expedition erst durch die Teilnahme jüngerer Fachleute der Botanik, Zoologie und Ethnographie erhalten.

Inzwischen sind einige Berichte des Herzogs in der „Täglichen Rundschau“ erschienen. Dies Blatt, das 20 000 M. Beitrag zur Expedition geleistet hat, hat dafür das Recht erworben, daß die Berichte der Expedition ausschließlich in seinen Spalten veröffentlicht werden; das amtliche „Kolonialblatt“, das Organ der Regierung, ist darauf angewiesen, sie nachzudrucken!

Die Hauptaufgabe der Expedition soll angeblich in der Erforschung der Atwuvulkane bestehen, eine Aufgabe, die nach der Versicherung der „Frankfurter Zeitung“ von einem oder mehreren Gelehrten im Auftrage des Reiches viel wohlfeiler hätte ge-

Wird werden können, als durch eine solch eigenartige Verkopplung von amtlicher und privater Expedition, von Sport, Mellem- und wissenschaftlichen Zwecken! —

Verfassungsveränderung in Mecklenburg.

In Obotritenlande wurde 1851, nach Beilegung der Erfolge der 1848er Revolution eine Verordmung erlassen, wonach öffentliche politische Versammlungen der Genehmigung der Regierung bedürfen. Als Begründung wurde angeführt, daß „in den letzten Jahren öffentliche Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken verderbliche Einflüsse auf Ruhe und Ordnung ausgeübt“ hätten.

Diese Verordnung ist noch heute mecklenburgisches Verfassungsgesetz! Als nun dieser Tage der sozialdemokratische Vertrauensmann für Rostock die Erlaubnis für eine öffentliche Versammlung nachsuchte, in der über die vom Großherzog angekündigte Verfassungsreform gesprochen werden sollte, erhielt er folgenden Bescheid:

Die erbetene Genehmigung zur Abhaltung der für Mitte April geplanten Versammlung ist nicht zu erteilen. Großh. medl. Ministerium des Innern. Das Wappen der mecklenburgischen Lande ist bekanntlich der Ochsenkopf. —

Vom „Arbeiterfreundlichen“ Zentrum.

In der Stadt Limburg an der Lahn haben 250 Geschäftsleute sich mit einer Eingabe an den Reichstag gewendet, um gegen eine Verschärfung der Sonntagsruhe Stellung zu nehmen. Die Verkaufszeit an Sonntagen dauert bisher von 1/12 bis 4 Uhr; es ist klar, daß unter diesen Umständen für die Angestellten von einer Sonntagsruhe nicht die Rede sein kann, sie haben nicht einmal einen freien Vormittag oder einen freien Nachmittag für sich. Jetzt soll durch Ortsstatut die Verkaufszeit auf die Stunden von 1/12 bis 2 Uhr festgelegt werden. Das wäre eine geringe, aber durchaus noch nicht genügende Verbesserung der Sonntagsruhe, von der erst in wirklichem Sinne bei völligen Ladenschluß die Rede sein könnte. Man sollte nun meinen, daß eine Partei, die sich laut ihrer Arbeiterfreundlichkeit rühmt, sich im Interesse der Angestellten auf das entschiedenste dem kurzschichtigen Begehren der Limburger Ladenbesitzer entgegenstellen würde. Das Zentrum aber denkt anders, denn sein führendes Organ, die „Germania“ bemerkt zu der Eingabe:

„Jedenfalls würde es sich empfehlen, eine ernste Prüfung der Verhältnisse einzuleiten zu lassen, ehe man die für Großstädte etwa nötigen Beschränkungen auch auf die ganz anders gearteten Verhältnisse des ländlichen Landes und der Kleinstädte überträgt.“

Als ob die Angestellten der kleinen Läden nicht ebenso sehr oder nicht noch mehr unter der Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu leiden hätten, wie in großen Geschäften, und als ob ein Ladengeschäft in einer Kleinstadt nicht ebenso gut das Bedürfnis nach einem freien Sonntag hätte, wie in einer Großstadt. Aber es ist die alte Praxis des Zentrums, nur Schäden und Gefahren am Großbetriebe und in der Industrie zu sehen, dagegen die Landwirtschaft, den Kleinhandel und das Handwerk möglichst zu schonen — der ultramontanen Bauern, Krämer und Häufelner wegen, auf deren Stimmen es angewiesen ist. —

Reichstagswahlwahl in Emden-Norden-Deer. Bei der am 19. d. Mts. im 1. hannoverschen Wahlkreis veranstalteten Reichstagswahlwahl wurden, wie recht amtlich richtiggestellt ist, 22.200 Stimmen abgegeben. Es erhielten Domänenpächter Peger (frei. Bg.) 8422, Reichsanwalt Groenewald (deutsch-sozial) 6348, Oberbürgermeister Firdinger (natl.) 4581 und Buchdruckerbesitzer Hug (Soz.) 2918 Stimmen. Zersplittert waren 4 Stimmen.

Landtagswahlwahl in Württemberg. Für den verstorbenen Abgeordneten und Bauernbundsführer Haug fand am letzten Freitag die Ersatzwahl statt. Gewählt wurde der Bauernbundslandtagskandidat Landwirtschaftsinspektor Strobel-Him. Die Sozialdemokratie kommt in dem Bezirk kaum in Betracht. Wir erzielten eine kleine Stimmenzunahme. —

Dementi oder Bestätigung?

Nachdem die freisinnige Fraktionspresse tagelang geschwiegen hatte, kommt jetzt eine schwache Abwehr jener Feststellungen, die die Abhängigkeit der freisinnigen Volkspartei von einigen Geldgebern gezeigt haben. Der Stadtverordnete Pasquel schreibt der „Morgenpost“, daß die Kandidatur Gerschels nicht von seiten der Parteileitung dem Wahlkreis aufgedrängt worden ist und daß dieser auch zur Vorbereitung seiner Wahl kein Geld hergegeben hätte. Darauf ist zu erwidern, daß niemand behauptet hat, daß Herr Gerschel speziell für seine Wahl Geld hergegeben hat. Im übrigen aber hat die „Morgenpost“ recht, wenn sie sagt:

Tatsache ist, daß Herr Dr. Gerschel bis zu seinem Austritt als Landtagskandidat im Jahre 1903, wo er, wenn wir nicht irren, in Ludenwalde erfolglos kandidierte, niemals politisch hervorgetreten war, und daß auch innerhalb der freisinnigen Volkspartei allgemeine Verständnislosigkeit darüber herrschte, welchen Verdiensten er das durch den Tod Max Griesch erledigte Mandat verdanke.

Die „Freis. Zeitung“ behauptet übrigens, daß Herr Müller-Sagan nicht erst nach der Wahl Herrn Gerschels in den Ausschussrat eingetreten ist, sondern schon früher dringefessen hat. Von einer Kandidatur des Herrn Haberland sei nichts bekannt. Es sollte uns freuen, wenn es uns durch unsere Indiskretion gelungen ist, die Wähler von dieser Kandidatur befreit zu haben. Im übrigen braucht man wohl seit dem schändlichen Umfall des Freisinnigen beim Vereinsgesetz keine weiteren Beweise für seine Abhängigkeit von der Börse.

Pod als Landtagskandidat.

Wie der „Hannoversche Courier“ meldet, hat sich der frühere Landwirtschaftsminister von Podbielski in einer Versammlung des Bundes der Landwirte, die in Diepholz stattgefunden hat, bereit erklärt, die ihm angetragene Landtagskandidatur im Kreise Diepholz-Stehe anzunehmen, falls man keine genehmerte Kandidatur finden sollte.

Der Reichsverband im Gerichtssaal. Vom Schöffengericht Magdeburg-Vuckau wurde ein reichstreuer Schmiedegeselle von der Anklage des Diebstahls freigesprochen. Er sollte einem Logis Kollegen einen Ring gestohlen haben, den man offen in seiner Ueberziehertasche fand. In der Begründung der Freisprechung erklär* sich das Gericht mit der Ansicht des Amtsanwalts einverstanden, es sei gerichtsnotorisch, daß reichstreue Arbeiter aus Rache allerlei Vergehen beschuldigt würden, um ihnen eins zu verzeihen.

Nächstens wird noch in einem Gerichtssaal als „notorisch“ angenommen, daß Herr v. Liebert ein Genie und die deutsche Justiz die erste der Welt ist. —

Oesterreich-Ungarn.

Gegen den Alerikalismus.

Wien, 23. März. In Brünn fanden gestern anlässlich der Jahresversammlung des katholischen Vereins hiesiger Bauern stürmische Gegendemonstrationen seitens der Sozialisten und der Nationalsozialisten statt. Der Bischof Graf Huhn wurde mit den Rufen: „Es lebe die Freiheit der Schule!“ begrüßt. Auf einem großen Platz hielten die sozialdemo-

kratischen Abgeordneten Hübner und Daniel Ansprachen. Die Polizei schritt ein, worauf sich die Demonstranten zerstreuten. In der Versammlung des Vereins selbst verwahrte sich Bischof Huhn dagegen, daß der Papst und der Nuntius in Wien eine fremde Macht genannt werden.

Portugal.

Franco zurückgekehrt?

Lissabon, 22. März. Wie die Blätter berichten, ist der frühere Ministerpräsident Franco nach Portugal zurückgekehrt. Die Regierung hat die erforderlichen Maßnahmen zu seinem Schutze getroffen.

England.

Die Arbeiterpartei und die Zollpolitik.

London, 21. März. Im Unterhause wird am 21. März eine zollpolitische Debatte stattfinden. Der konservative Abgeordnete Gouling wird eine Resolution einbringen, die die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit dem Freihandelsystem zuschreibt und deshalb eine Tarifreform im schutzamerikanischen Sinne fordert. Demgegenüber beschloß die Arbeiterfraktion ein Amendement einzubringen, das folgenden Wortlaut hat:

„Das Haus blickt mit Sorge auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit und ist der Ansicht, daß eine Verringerung unserer Zollpolitik nutzlos und irreführend sein würde, denn auch die schutzamerikanischen Staaten wie Deutschland und Amerika leiden an Arbeitslosigkeit. Die Einführung der Schutzpolitik würde nur den Besitzern von wirtschaftlichen Monopolen zugute kommen; sie würde ferner zur Bildung von überkapitalisierten Trusts führen, die das Gemeinwesen und die Arbeiterorganisationen bedrohen würden.“

Der Begründer dieses Amendements wird Genosse Barnes, der Sekretär der Ingenieure, sein.

Wie England seine Bürger schützt.

London, 21. März. Ein Londoner Kaufmann namens Eugen Burg, der in Warschau gebürtig und in England naturalisiert ist, wurde vor einigen Wochen in Odessa verhaftet. Er befand sich auf dem Bahnhof, als nicht weit von seinem Platz ein Saal mit revolutionären Schriften von der Gendarmerie aufgefunden wurde. Eugen Burg wurde sofort verhaftet, aber es gelang ihm, sich mit dem britischen Konsul in Verbindung zu setzen. Die Verhaftung hat in London viel Aufsehen erregt und das auswärtige Amt sandte den telegraphischen Auftrag an den britischen Konsul in Odessa, sich des Verhafteten anzunehmen. Wie heute aus Odessa telegraphiert wird, befreite der Konsul den Verhafteten und teilte ihm mit, daß er mit Petersburg über seine Entlassung unterhandelt.

Die Angelegenheit kommt am Montag vor das Parlament, wo der radikale Abgeordnete Mitchell-Thomson den Staatssekretär des Innern darüber interpellieren wird.

Ein königlicher Kurier ist heute mit Dokumenten, die die Verhaftung Eugen Burgs betreffen, nach Petersburg abgefahren. —

London, 23. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die britische Intervention hat schnellen Erfolg erzielt. Der verhaftete Engländer, Eugen Burg, ist bereits auf telegraphische Anweisung von Petersburg aus in Freiheit gesetzt worden.

Rußland.

Levins.

Mehr als drei Wochen hat es gedauert, bis die russische Regierung sich herbeigelassen hat, eine Erklärung über die scheinlichen Verhandlungen, die der italienische Journalist und Korrespondent unseres Frankfurter Partelorgans Levins im Minister Gefängnis erlitten hat, zu geben. Die Erklärung ist zwar kurz, dafür aber auch nicht wahr. Es behauptet das Ministerium in offenem Widerspruch mit den Tatsachen, daß Levins zu keinem geringeren als dem Zwecke „einen Kongress der nordwestlichen Organisation der sozialrevolutionären Partei zu organisieren, von Petersburg nach Rinsk abkommandiert (!) wurde“.

Noch vermeidet es die Regierung, auch nur den geringsten Anhaltspunkt für diese Behauptung zu geben.

Die jurchbaren Verhandlungen, denen Levins im Gefängnis angesetzt war und die von Zeugen bestätigt werden, übergeht die offizielle Erklärung mit völliger Stillschweigen. Sie weist bloß darauf hin, daß seine Schilderung falsch sei, weil er in den ersten Tagen keine Beschwerden erhoben habe! Sie unterschlägt hierbei wesentlich die Tatsache, daß der Staatsanwaltsgehilfe auf die Forderung Levins erst am fünften Tage bei ihm erschien und ihn ärztlich untersuchen ließ. Der Gesundheitszustand Levins war infolge der erlittenen Mißhandlungen so bedenklich, daß der Gefängnisarzt seine Überführung in ein Hospital anordnete. Die offizielle Erklärung behauptet jedoch, daß „sein Gesundheitszustand befriedigend war und daß nur (!) drei blutunterlaufene Stellen von der Größe einer Röhre bei ihm konstatiert wurden, die nur (!) von drei leichten (!) Schlägen herühren konnten“.

Das ist alles, was die russische Regierung zu ihrer Rechtfertigung vorzubringen hatte. Levins weilt gegenwärtig, ein kranker, zerlittener Mann, im Minister Gefängnis und wird noch viele Monate der Entscheidung in dem ihm angedichteten Prozesse harren müssen.

Für die italienische Regierung aber ist es wirklich wenig ehrenvoll, so wenig zum Schutze der italienischen Bürger im Auslande zu vermögen. —

Demission von Ministern.

Petersburg, 22. März. Der Kriegsminister Rödiger und der Marineminister Dilow haben nunmehr ihre seit längerer Zeit angekündigte Demission eingereicht.

Verhaftungen.

Petersburg, 23. März. In der Redaktion der Wochenschrift „Poet“ wurde gestern eine Hausdurchsuchung vorgenommen und der größte Teil der Redaktionsmitglieder wegen Komplotts verhaftet. —

China.

Die Stimmung gegen Japan.

Die Rachgierigkeit der chinesischen Regierung in dem letzten Konflikt mit Japan hat der Agitation der chinesischen Nationalisten neue Nahrung zugeführt. Aus Hongkong wird telegraphiert: Eine von über fünfzigtausend Personen besetzte Protestversammlung wurde aus Anlaß des Taiju-Maru-Falles in Kanton abgehalten. Es wurden aufreizende Reden gehalten, und die Leute entledigten sich der aus Japan stammenden Kleidungsstücke, Hüthen und Taschentücher, warfen sie auf einen Haufen und verbrannten sie. Die Versammlung beschloß, dem Staatsrat Huan-schi-lai ihre Mißbilligung auszusprechen für seine Rachgierigkeit gegenüber den japanischen Forderungen.

Ein anderes Telegramm aus Peking berichtet von großen Unruhen im Süden Chinas. Eine tausendköpfige Menge fordert die Entlassung des Generalgouverneurs von Kanton. Die Bevölkerung boykottiert japanische Waren. Die japanischen Kaufleute verlassen eilig Kanton.

Indo-China.

Hien den Hien!

Paris, 23. März. Der „Matin“ berichtet, daß die anti-französischen Treibereien in Indo-China seit einiger Zeit einen bedenklichen Umfang angenommen haben. Anamitische Vögel verbreiten massenhafte Flugchriften, die zur Steuererweigerung und zu bewaffnetem Kampfe gegen die Franzosen auffordern und in denen den Eingeborenen der Sieg über Japaner über Ruhland als erhebendes Beispiel vorgehalten wird. Die Flugchriften seien aus Japan von anamitischen Flüchtlingen eingeschmuggelt worden. Infolge dieser Treibereien sei vor einigen Monaten bei dem 3. Tonkinischen Schützenbataillon eine ernste Verschwörung ausgebrochen, die jedoch bald erstickt und im Keime erstickt worden sei.

Amerika.

Soldatensoldat.

Der Senat in Washington nahm eine Bill an, welche die Bezahlung der Soldaten der regulären Armee um etwa 40 Proz. erhöht. Dem Präsidenten wird weitgehende Vollmacht in der Abmessung des Soldes gegeben. Seit langer Zeit schon wurde die Erhöhung des Soldes in den leitenden Armeekreisen dringend empfohlen als ein Mittel, den sich stetig mehrenden Desertionen der Soldaten zu begegnen und die Armee auf die durch das Geschick erlaubte Stärke zu bringen. Zugleich will man b-durch auch das Ansehen des Soldatenstandes heben, das in Amerika ebenso wie in England nur geringe Achtung genießt. Der amerikanische Bürger sieht in jedem gemeinen Soldaten eine Art von Laugenichs, der nur noch gut genug zum Armeedienst ist.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerfolge.

In Groß-Bevern bei Biegnitz wurde der erste Sozialdemokrat mit 49 gegen 16 Stimmen gewählt. Das ist zugleich der erste sozialdemokratische Gemeindevorteiler im Reiche des Herrn Fischel, dem Wahlkreis Biegnitz-Goldberg-Dahnau.

In Pilsen bei Freiburg kam der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl.

Bei den Gemeindevorteilerwahlen im Regierungsbezirk Magdeburg haben unsere Genossen eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. In Borne wurde ein Genosse gewählt, in Niederradeleben kam zum erstenmal — ein Sozialdemokrat durch — mit 65 gegen 72 Stimmen. Ebenfalls zum erstenmal zieht in Eiben ein Genosse ins Gemeindevorparlament ein. In Felgeleben errang ein Genosse ein Mandat. Ohne Gegenkandidaten wurden in Groß-Dittersleben zwei Genossen mit je 154 Stimmen gewählt. In Westerhüsen siegte ein Genosse mit 233 gegen 84 Stimmen. Weiter wurden in Hötensleben ein Genosse mit 153 gegen 92 Stimmen, in Diebrow zwei Genossen mit je 180 gegen 22 Stimmen und in Fermerseleben ebenfalls zwei Genossen mit 301 bzw. 299 gegen 108 bzw. 100 Stimmen gewählt. Ohne einen Gegenkandidaten wurden mit 84 Stimmen in Hohendodeleben und in Klein-Dittersleben mit 90 Stimmen je ein Genosse gewählt. In Hundsbors war ebenfalls kein Gegner aufgestellt; unser Genosse erhielt 19 Stimmen. Mit 404 gegen 234 Stimmen holten sich unsere Genossen in dem schönen Pargitz Thale ein Mandat. In Frohe (Eibe) siegte ein Genosse mit 68 gegen 88 Stimmen. Alle diese Genossen wurden in dritter Abteilung gewählt; dagegen siegte in Lemsdorf neben einem Genossen in der dritten Klasse, der mit 168 gegen 2 Stimmen gewählt wurde, auch ein Genosse in der zweiten Klasse; er erhielt 42 Stimmen, während sein bürgerlicher Gegner mit 23 vorlieb nehmen mußte. — Das sind bisher 19 Gemeindevorteilermandate, zu denen noch eine Anzahl hinzukommen wird. —

Ein neuer Kämpfer. Nr. 1 der „Volkszeitung“, Organ für die werktätige Bevölkerung der Oberlausitz zu Zittau, ist erschienen. Geleitworte des Parteivorstandes und des Genossen Debel eröffnen die inhaltreiche Nummer, die auch einen interessanten Rückblick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Oberlausitz bringt. Glück auf dem neuen Kämpfer.

Eine Biographie J. V. v. Schweigers hat Herr Dr. Gustav Meyer-Heidelberg gegenwärtig in Arbeit. Herr Dr. Meyer bittet nun diejenigen Parteigenossen, die mit v. Schweiger bekannt waren oder Briefe von ihm besitzen, bei der Beschaffung von Material für die Biographie behilflich zu sein und sich zu diesem Zweck an Herrn Dr. Gustav Meyer, Heidelberg, Theaterstr. 11, zu wenden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine Freisprechung. Wegen Verleumdung eines Polizeiergeanten in Elmshorn hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht der Genosse Durkhard von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu verantworten. In der inkriminierten Notiz war es scharf kritisiert worden, daß der Polizeiergeant dem Vorsitzenden eines Arbeiterabfahrervereins die Vorladung zu einem polizeilichen Verhör nicht in die Wohnung, sondern in das Bureau seines Arbeitgebers zugestellt und ihm dadurch Unannehmlichkeiten bereitet hatte. Dem Polizisten war Bequemlichkeit vorgezogen worden. Obwohl der Amtsanwalt eine schwere Verleumdung des Beamten als vorliegend erachtete, gelangte das Gericht zur Freisprechung des Angeklagten. Im Urteil wurde ausgeführt, daß das Vorgehen des Polizisten den gesetzlichen Bestimmungen zuwidergekommen sei. Wenn er, wie er behauptete, die Privatwohnung des Angeklagten nicht ermitteln konnte, so hätte er die Ladung als unbestellbar an die Behörde müssen zurückgehen lassen; an der Arbeitsstelle, wo diesem nur Unzuträglichkeiten erwachsen konnten, durfte er ihn die Vorladung nicht zujellen. Der Artikel habe einen offensibaren Mißgriff des Beamten gerügt, und es müsse deshalb Freisprechung erfolgen.

Ein Polizeiprozess nahm am Montag, den 23. März, vor der Stuttgarter Strafkammer seinen Anfang. Die berühmte Breslauer Polizei und ihre Feldentanten anlässlich der Metallarbeiterausperrung werden von einem schwäbischen Gericht einer Musterung unterzogen werden. Der nominell Angeklagte ist der Redakteur des „Wahren Jakob“, Genosse Heymann, der durch ein satirisches Bild im „Wahren Jakob“ die tapfere Breslauer Polizeitruppe mit Einschluß des mysteriösen, noch immer nicht entdeckten Handabhackers beleidigt haben soll. Es haben in Breslau im Gegenwart des Genossen Heymann umfangreiche Vernehmungen stattgefunden. Wir werden über den Prozess berichten.

Strafkammer der Presse. Der Genosse Arthur Kollentz von der „Freien Presse“ zu Eberfeld war vom Schöffengericht von der Anklage, einen Gendarmen beleidigt zu haben, freigesprochen worden. Auf die Berufung des Amtsanwalts kam die Sache vor die Strafkammer. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Gendarm drei ruhig des Weges gehende Leute plötzlich angefallen, zwei gestochen hat wobei der eine zu Boden fiel, und den Dritten anpackte. Angeblich geschah das, weil der Gendarm in dem Dritten irrtümlich einen fieberkräftig Verfolgten vermutete, den er auf dem Wege erwartete — die beiden anderen will er beiseite gestoßen haben, um den als gefährlich bekannten Verbrecher packen zu können. Der Artikel hatte, ohne irgend eine formelle Verleumdung zu enthalten, den Zeitbestand richtig geschildert. Das hinderte aber nicht, daß das Gericht den Genossen Kollentz der Verleumdung überführt erachtete und ihn zu 300 M. Geldstrafe verurteilte. In der Begründung hieß es: „Der Wahrheitsbeweis sei nicht erbracht, denn es habe sich nicht um einen Ueberfall des Beamten auf ruhige Bürger gehandelt, sondern nur um eine Verwechslung von Personen. Wenn in dem Artikel gesagt worden sei, der Beamte habe drei Personen überfallen und mit Faustschlägen traktiert, so müsse der Leser zu dem Glauben kommen, daß sich der Beamte eines großen Mißgriffes schuldig gemacht habe.“

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Wahlrechtsdemonstration der Berliner Metallarbeiter.

Bekanntlich haben die Metallindustriellen beschlossen, jeden Arbeiter auszusperrten, der wegen des Besuchs der Nachmittagsversammlungen am 18. März der Arbeit fern bleibt. Unter dem Druck der schlechten Konjunktur und der Drohung mit der Aussperrung konnte greiflicherweise ein großer Teil der Metallarbeiter an den Wahlrechtsdemonstrationen nicht teilnehmen. Sie haben das aber in besonderen Veranstaltungen nachgeholt. — Der Metallarbeiterverband hatte zu gestern Abend in Berlin und einigen Vororten 15 Versammlungen einberufen mit der Tagesordnung: „Der 18. März, die Metallindustriellen und das Landtagswahlrecht für Preußen“.

Die Versammlungen waren durchweg stark besucht — ein Beweis dafür, daß die Drohungen der Unternehmer nicht instande sind, die Metallarbeiter in der Betätigung ihrer Gesinnung von den Bahnen abzudrängen, die jedem Klassenbewußten Arbeiter durch seine eigenen Interessen vorgezeichnet sind. Als Referenten fungierten Mitglieder der Leitung des Metallarbeiter-Verbandes: Wahn, Behrend, Eggert, Handke, Hartmann, Jakobson, Mahle, Raus, Busch, Wude und Cohen. — Die Redner kritisierten den Beschluß der Unternehmer und verwiesen darauf, daß derselbe für die gegenwärtige politische Situation bezeichnend ist. Obgleich es sich am 18. März um eine Demonstration für eine liberale Forderung handelte, und ein großer Teil der hier in Frage kommenden Unternehmer sich zu den Liberalen zählen dürfte, verhinderten sie die Arbeiter, sich an dieser Demonstration zur Eringung eines freien Wahlrechts zu beteiligen. Diese Handlung der Unternehmer kennzeichnet sich als ein Angriff auf das politische Recht der Arbeiter und auf die Ausübung ihres Koalitionsrechts. Völlige Unterdrückung und Rechtslosmachung der Arbeiter ist die Parole der Unternehmer. Diese Bestrebungen der Unternehmer zeigen aufs neue, daß die Arbeiter eine durchgreifende Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht erlangen werden, wenn es ihnen nicht gelingt, politische Rechte für die Arbeiterklasse zu erringen. Zunächst gilt es, das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht für Preußen zu erringen. An diesem Kampfe beteiligen sich selbstverständlich auch die Metallarbeiter in Gemeinschaft mit ihren übrigen Klassengenossen. — Das war der Gedankengang, der in den Versammlungen zum Ausdruck kam. Einstimmig wurde in allen Versammlungen die nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung hat Kenntnis genommen vom Beschluß der Metallindustriellen, wonach die Metallarbeiter, welche am 18. März nachmittags nicht zur Arbeit kommen, entlassen und ausgesperrt werden sollten. — Da die Dringlichkeit der Aufträge beim gegenwärtigen Stand der Konjunktur die Ursache dieses Beschlusses nicht gewesen sein kann, so bleibt nur übrig die Annahme, daß dieser Beschluß der Ausfluß der seit dem Jahre 1899 satifam bekannnten Arbeiterfeindschaft der Rühmänner ist.

Die Versammelten ersehen aus diesem Beschluß, daß die Herren an der Gartenstraße beabsichtigen, durch Vernichtung des Koalitionsrechts und Bekämpfung der Bestrebungen der Arbeiter nach politischen Rechten die Arbeiter wirtschaftlich und politisch zu unterdrücken, um so ungehindert die Arbeit der Ausbeutung und Ausplünderung vornehmen zu können.

Gegenüber diesen arbeitserfeindlichen Absichten erklärt die Versammlung es als eine unabwendbare Notwendigkeit, daß die Arbeiter nun erst recht alle Kräfte zusammenfassen, um endlich für die Arbeiter die Rechte zu erlangen, die andere Gesellschaftsklassen längst haben. Das ist auf politischem Gebiete das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preussischen Landtag. Auf wirtschaftlichem Gebiete die unbedingte Sicherheit der Ausübung des Koalitionsrechts. — Da die Versammlung der Ueberzeugung ist, daß dieses Ziel am besten erreicht wird durch die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen, verpflichten sich die Anwesenden, nach besten Kräften zur Kräftigung und Stärkung der Arbeiterorganisationen beizutragen.

Achtung, Metallarbeiter!

Der Streik im Autobau der A. G. O. Oberschöneweide dauert ununterbrochen fort. Der Betrieb ist für sämtliche Dreher, Werkzeugmacher und Schlosser gesperret.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Hartungs Fabrik in Moabit ging es gestern, Montagabend, ruhiger her, wie an irgendeinem der letzten Tage. Polizei war nur wenig zu sehen, außer dem gewöhnlichen Doppelposten vor dem Fabrikingang. Von 10 Uhr ab kamen die Streikbrecher in kleinen Trupps heraus und machten sich so schnell wie möglich aus dem Staube. Auf der anderen Seite der Straße hatten sich wieder viele Leute angelagert, die nur von Zeit zu Zeit betreten wurden. Sie sahen nicht den gewohnten Zug der Arbeitswilligen kommen, sondern nur immer die kleinen Trupps. Die Polizei versuchte die Sache weniger auffällig zu machen und war nach außen hin scheinbar weniger stark vertreten; aber es lagen genug Polizisten in Bereitschaft, um sofort einzugreifen, wenn jemand verdächtig wurde, sich mit den Arbeitswilligen in Verbindung zu setzen. Mehrere Polizeioffiziere inspizierten nach 6 Uhr die Gegend, fanden aber alles ruhig und verschwanden wieder.

Das Auftreten der Polizei in den letzten Tagen hatte die Situation zweifellos in der Hauptsache verschärft, führte aber auch hin und wieder zu humoristischen Zwischenfällen. So wird u. a. erzählt: Eine Arbeiterfrau kam mit einem Milchkopf in der Hand die Straße entlang, fand dieselbe aber verperrt. Der Schutzmann, an den sie sich wandte, wies sie zu ihrer größten Enttäuschung zurück, obgleich sie sich auf den Milchkopf als eine Legitimation für durchaus friedliche Absichten berief. Als alles Parlamentieren und auch der Hinweis auf die Kinder, für welche die Milch bestimmt war, nichts nützen wollte, weil der Beamte an seiner Instruktion festhielt, rief die Frau erregt: „Dann nehmen Sie doch den Topf, um die Milch zu holen! Ich werde derweil Ihre Säbel halten.“ — Natürlich erregte dieser Vorschlag die größte Heiterkeit der Umstehenden.

Heute vormittag hatten die Streikenden eine Versammlung ab, um über die Lage zu beraten.

Die Tarifbewegung der Herrenmahlschneider.

Nachdem seit Anfang dieses Jahres die Herrenmahlschneider in den verschiedenen Stadtbezirken durch eine Reihe von Versammlungen aufgerufen wurden, mit aller Kraft für die allgemeine Durchführung ihres Tarifvertrages zu wirken, fand am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain eine große öffentliche Herrenmahlschneiderversammlung zur Einleitung der Tarifbewegung statt. Die Polizeibehörde hatte offenbar das Zusammenkommen der Massen von Schneidern für ein höchst gefährliches Ereignis angesehen; sie begnügte sich nicht mit der üblichen Überwachung der Versammlung durch zwei Beamte, sondern hatte dazu noch im Kellerraum unter der Bühne ein zahlreiches Aufgebot starker, wohlbewaffneter Männer untergebracht. Da es sich jedoch bald herausstellte, daß die Schneider keine Miene machten, den preussischen Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern, konnten die meisten der Beamten schon vor Schluß der Versammlung abziehen. Zur Beruhigung ängstlicher Gemüter kann jedoch mitgeteilt werden, daß die bewaffnete Macht an der Straße und im Hain noch stark genug war, um jeden revolutionären Gewaltakt der Schneider im Keime zu ersticken.

Die Situation in der Herrenmahlschneiderei und die Aufgaben der Organisation war das Thema, über das der Referent Künze sprach. Daß der im vorigen Frühjahr abgeschlossene Tarifvertrag nur auf 20 von den ungefähr 600 Maßgeschäften Berlins ausgedehnt werden konnte, ist bekanntlich zu einem guten Teil Schuld der schärfmaderischen Taktik des Arbeitgeberverbandes, der, ehe er einmal die Forderungen der Schneider kannte, jede Lohnherabsetzung ablehnte, die Verhandlungen auf die stille Zeit des Hochsommers verlegen wollte und dann die allgemeine Aussperrung über das ganze Reich veranstaltete. Der Erfolg blieb auf Seiten des Schneiderverbandes. Die Unternehmer mußten einsehen, daß ihre Taktik verfehlt war, was ja dann auch später auf der Generalversammlung ihres Verbandes deutlich genug zum Ausdruck kam. In diesem Frühjahr zeigt es sich denn auch, daß die Arbeitgeber in den Orten, wo Lohnbewegungen stattfinden, friedliche Verhandlungen dem Kampfe vorziehen. Inzwischen strebt der Arbeitgeberverband danach, einen Tarifvertrag über das ganze Reich, ähnlich dem der Buchdrucker, zustande zu bringen, der zwischen den beiderseitigen Zentralvorständen abgeschlossen werden soll. Die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Organisationen sollen sich damit einverstanden erklärt haben, wenigstens ihre Vorstände. Bei der verschwindend geringen Mitgliederzahl dieser Organisationen haben mit ihnen vereinbarte Tarife keinerlei Wert für die Gesamtheit der Berufsgenossen. Anders liegt die Sache im Schneiderverband. Die Unternehmer wollen sich mit dem Einheitsstarif ein neues Kampfmittel schaffen, die Möglichkeit gewinnen, eine Generalaussperrung über das ganze Reich durchzuführen. Darum kann der Schneiderverband nicht ohne weiteres dem Wunsch der Unternehmer entgegenkommen. Der Redner meinte, daß wohl zu vor eine gründliche Umgestaltung der bestehenden Tarife notwendig sein werde. Sollten die Arbeiter durch einen Einheitsstarif keinen Schaden erleiden, so hängt das selbstverständlich vor allem von der Macht ihrer Organisation ab, sowie davon, wie weit die Tarifbewegung wirklich allgemein durchgeführt wird. — Für die Tarifbewegung in diesem Frühjahr sind bis jetzt 49 Firmen, die 994 Maßschneider beschäftigen, angemeldet. 22 dieser Firmen hatten den Tarif schon anerkannt, haben sich aber mehr oder minder schwere Tarifdrücke zuschulden kommen lassen. Von 4 von ihnen ist die Angelegenheit jedoch schon geregelt. 27 Firmen mit 308 Arbeitern sind es bis jetzt, die neu in die Tarifgemeinschaft einbezogen werden sollen; ihre Zahl wird gewiß in den nächsten Tagen noch wachsen, denn von einer Reihe anderer Firmen haben die Maßschneider wohl den Wunsch nach tariflicher Regelung geäußert, aber noch nicht den Antrag gestellt, der mit genauen Mitteilungen über die Löhne verbunden sein muß, damit man sieht, in welche Tarifklasse die Geschäfte gehören. — Der Redner schilderte dann die Lohnverhältnisse und die Tarifdrücke bei verschiedenen Firmen. Unter anderen erwähnte er die Firma Albert Erich in der Mauerstraße, die für recht und billig hielt, ihren Werkstattschneidern 10 Proz. für die Benutzung der Werkstatt abzugeben, und sich, als sie damit kein Glück hatte, durch Maßregelung zu rächen suchte. Diese Firma läßt übrigens ihre Sport- und Livreearbeiten in der Strafanstalt zu Regel herstellen. Auch über das Warenhaus Bertheim wurde in der Versammlung gesprochen, das sich im vorigen Frühjahr so vornehm zeigte, noch 5 Proz. über den für das Geschäft maßgebenden Tarif 1b zu bewilligen, jetzt aber zum Teil nach dem billigeren Tarif 2a arbeiten lassen möchte. — Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute, den 22. März, im Friedrichshain versammelten Maßschneider nehmen mit Befriedigung Kenntnis davon, daß der Verband der Schneider auch in diesem Frühjahr nach Möglichkeit die Ausdehnung des im Vorjahre abgeschlossenen Maßschneidertarifs auf alle Berliner Maßgeschäfte zu erreichen beabsichtigt ist.“

Sie richten daher an alle Kollegen das Ersuchen, diese Absicht mit allen Kräften zu unterstützen. Die Versammelten erwarten die diesbezügliche Unterstützung von der Gesamtheit der Kollegen um so mehr, als die Einseitigkeit der Löhne sämtlichen Kollegen zugute kommt.

Die Versammelten erkennen aber auch an, daß die Ausdehnung des Tarifs und die Aufrechterhaltung desselben nur durch die Organisation zu erreichen ist. Sie verpflichten sich daher, für den Einfluß und die Stärkung der Organisation in jeder Hinsicht Sorge zu tragen.“

Als zweiter Punkt stand die dem Reichstag vorliegende Novelle zur Gewerbeordnung auf der Tagesordnung. Nach einem, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit kurzem Vortrage Künze wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute, den 22. März 1908, in der Brauerei Friedrichshain tagende Schneider- und Schneiderinnerversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis davon, daß die verbündeten Regierungen dem Reichstage unter dem 21. Dezember 1907 eine Novelle zur Gewerbeordnung haben zugehen lassen, welche den von der Arbeiterschaft seit Jahren erhobenen Forderungen nur in ganz spärlichem Umfange gerecht wird.“

Es bedauern dies um so mehr, als der Reichstag zu wiederholten Malen das Elend der Heimindustrie zum Gegenstand seiner Erörterungen gemacht hat und ein Eingreifen der Gesetzgebung forderte. Die seit Jahren von den Heimarbeitern und -Arbeiterinnen erhobenen Klagen haben ihre Berechtigung in keiner Hinsicht verloren.“

Angeichts dieses zögerlichen Versuches, gesetzliche Bestimmungen zugunsten der Arbeiterschaft zu treffen, nimmt die Versammlung mit Enttäuschung Kenntnis davon, daß die Detailistenverbände die Forderung erheben, für die Detailgeschäfte der Hut- und Schuhindustrie, sowie der fertigen Konfektion die Bundesratsverordnungen vom 31. Mai 1897 und 17. Februar 1904 außer Kraft zu setzen.

Sie richten daher an die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages das dringende Ersuchen, derartigen Anträgen, wenn solche im Reichstage eingebracht werden, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, sowie bei Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung sich den von ihr ausgehenden Geschehnissen zum Schutze der Heimarbeiter als Nichtstauer dienen zu lassen.“

In der Zigarrenfabrik Kurke u. Hering (Berlin), Magazinstraße 14, wurden unsere Kollegen sofort entlassen, da dieselben am 18. März nachmittags die Arbeit ruhen ließen. Diese Firma setzt einen großen Teil ihrer Fabrikate bei der Firma Richter u. Franke, Berlin, ab, welche in allen Stadtteilen Detailgeschäfte unterhält. Die Firma Kurke u. Hering läßt ihre Zigarren außerhalb herstellen und zahlt dafür die niedrigsten Löhne. Die Arbeiter tun gut, sich diese Wahlrechtsfreunde zu merken. Denn schließlich sind es die Arbeiter, welche deren Fabrikate kaufen und rauchen. Im übrigen hat unterzeichneter Verband über genannte Firma die Sperre verhängt. Der Verband der Zigarrenfortierer und Ristentleber Deutschlands, Zahlstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Zur Frage der Grenzstreitigkeiten.

Am Grenzstreitigkeiten unter den Gewerkschaften noch Möglichkeit ganz zu verhindern, nahm das Gewerkschaftskartell zu Magdeburg einen Antrag an, wonach die Vertreter aller Organisationen sich verpflichten, Uebertrittsgesuche von Mitgliedern anderer Verbände erst dann anzunehmen, nachdem das Mitgliedsbuch vorgelegt wird und dasselbe den Vermerk der Verbandsleitung enthält, daß die Abmeldung ordnungsgemäß erfolgt ist. Solange ein Arbeiter in seinem Verufe tätig ist, für den seine bisherige Organisation zuständig war, darf er in eine andere Organisation nicht aufgenommen werden.

Im Breslauer Steinseilgewerbe wird es voraussichtlich auch zum Kampfe kommen, da auch hier die Unternehmer alles tun,

um einen solchen zu provozieren. Die Arbeiter hatten zunächst für Streik, Kammer und Hilfsarbeiter einen gemeinsamen Tarifvertrag aufgestellt. Da aber die Unternehmer erklärten, nur gruppenweise verhandeln zu wollen, gingen die Arbeiter darauf ein und boten diese Form der Verhandlung an. Es zeigte sich aber, daß die Unternehmer nur Ausflüchte gemacht hatten; sie lehnten nämlich auch jetzt ab und verlangten von den Arbeitern die bedingungslose Annahme des Unternehmertarifs. Auch die Kompetenz des Gewerbegerichts als Einigungsamt bestritten sie. Sie wollten ihre Erklärung, den Lohn zu verkürzen, unter allen Umständen in die Tat umsetzen. Natürlich denken die Arbeiter nicht daran, sich das gefallen zu lassen. Sie haben in einer einstimmig angenommenen Resolution den Unternehmertarif ausdrücklich als unannehmbar bezeichnet. Um aber ihren guten Willen zu beweisen, wurde beschlossen, noch einmal den Versuch einer gütlichen Verständigung zu machen. Richtig ist auch dieser, dann werden die Arbeiter bereit sein, den Kampf aufzunehmen.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Nachdem in Dresden die Verhandlungen mit den Arbeitgebern resultatlos verlaufen sind, weil letztere keinen Schritt von ihrem Mustervertrag abgehen zu können glaubten, haben bereits die Dresdener Maurer und Zimmerer in überfüllten Versammlungen den Vertrag in der vorliegenden Form einstimmig abgelehnt. Jetzt haben nun auch die Dresdener Bauhilfsarbeiter in einer am Sonntag stattgefundenen von 1500 Arbeitern besuchten Versammlung Stellung zu dem Tarif genommen und denselben nach stürmischer Debatte, in welcher das Verhalten der Arbeitgeber und der Mustervertrag als eine Provokation bezeichnet wurde, einstimmig abgelehnt. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach das in Dresden bestehende Einigungsamt angerufen werden soll, um eventuell doch noch zu einer Verständigung zu gelangen. Die Arbeiterschaft will den Kampf nicht, aber wenn ihr derselbe von den Arbeitgebern aufgezwungen wird, dann wird sie ihn führen müssen. Die Verantwortung für diesen folgenschweren Kampf haben dann aber auch die Arbeitgeber zu tragen.

Besonders erfreulich ist, daß die Arbeiterschaft in diesen Kampf mit seltener Einmütigkeit treten wird. Wenn also die Arbeitgeber nach den Berliner Schärsmaderbeschlüssen handeln, dann kommt es auch in Dresden am 1. April zu einer Aussperrung, bei welcher circa 15 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden würden.

Ausland.

Eine Aussperrung der Gummibandweber und Bortelmacher zu Neubrück und Rainburg in Niederösterreich wärd seit längerer Zeit. Da die Firma sich bemüht, in Deutschland Ersatz für die Aussperrten zu finden, so sei hierdurch vor Zugewarnung. Die Firma ist Bivonka, deren Chef Führer der österreichischen Schärsmader ist.

Ein amerikanisches Urteil gegen die Trade-Unions.

Wie ein Donner Schlag hat die Bekanntgabe eines Urteils des höchsten amerikanischen Gerichtshofes in Sachen der Firma Löre u. Co., amerikanische Hutfabrikanten, gegen die Vereinigte Gummibandweberorganisation von Nordamerika (Vogelkettlerklärung) auf die Trade-Unions der Vereinigten Staaten gewirkt. Das Gericht erkannte nämlich, daß das Sherman-Antitrustgesetz auf die Gewerkschaften anzuwenden ist, und verurteilte die Gummibandweberorganisation, an die Firma Löre u. Co. 240 000 Dollar Buße zu zahlen, d. i. dreimal soviel, als der wirkliche Schaden der Firma durch den Boykott ihrer Waren. Hr. Samuel Compers, der Präsident der amerikanischen Arbeiterpartei, weist in dem offiziellen Organ der Partei auf den Unterschied zwischen einer Arbeiterorganisation und einem Trust hin und verteidigt die Organisationsbewegung mit folgenden Worten: „Die Gewerkschaften werden weiter leben, sie können nicht mehr ihrer Existenz beraubt werden. Die Arbeit verlangt Abhilfe vom Kongress, und zwar sofort. Compers hat eine diesbezügliche Erklärung an den Präsidenten Roosevelt und an jedes einzelne Mitglied des Kongresses geschickt.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die wirtschaftliche Situation im Bergrevier.

Essen, 23. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe Rheinland-Westfalens sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Aus Mangel an Absatz wurden auf mehreren Zechen Feierlichkeiten eingelegt. In Steele ist einer Anzahl von Bergleuten gekündigt worden.

Der Kampf mit Simon Copper.

Von der Expedition gegen Simon Copper wird aus Deutsch-Südwestafrika amtlich gemeldet: Die West Simon Copper ist dadurch aufgefunden worden, daß man der Spur der Wande folgte, die am 8. März eine deutsche Patrouille am Auob überfallen hatte. In dem Gefecht am 16. fand der ganze Orlog Simon Copper und Lambert mit über 200 Mann und mehr als 100 Gewehren unserem Kamelreiterkorps gegenüber. Der Segner verlor auch zwei Großleute, darunter einen Bruder Simon Copper. Der infolge der großen Anstrengungen und Entbehrungen sehr geschwächte Zustand der Kamelreiter sowie der Mangel an Wasser verboten weitergehende Verfolgung. Auch machte sich die Nähe der englischen Grenze hindernd geltend.

Aus dem Pariser Baugewerbe.

Paris, 23. März. (B. S.) Die streikenden Maurer beschlossen in einer heute abgehaltenen Versammlung, mit allen Mitteln die von den Arbeitgebern gegen sie etwa zu treffenden Maßnahmen zurückzuweisen. Die Arbeitgeber halten ihrerseits den Entschluß aufrecht, die Generalaussperrung zu dekretieren, falls die Arbeiter im Streik verharren.

Wiener Gemeinderatswahlen.

Wien, 23. März. (B. S.) Bei den heutigen Gemeinderatswahlen des dritten Wahlkörpers sind in allen Wiener Bezirken Christlich-Soziale gewählt worden.

Ein Schurkstreich.

Jülich, 23. März. (B. S.) Auf den Nachschneidzug Paris-Mailand wurde in der Nähe der Station Martigni ein Attentat verübt. Unbekannte Täter hatten auf dem Nabalst über den hochangesehnen Bergstrom Franz große Felsstücke auf das Gleis gewälzt. Zum Glück konnte die Maschine die Felsstücke beiseite schieben, so daß der Zug nur leichte Beschädigungen erlitt und die Strecke passieren konnte. Eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet.

Wirbesturm.

New Orleans, 23. März. (Auf deutsch-afrikanischem Kabel.) Ein Tornado richtete in einem Teile der Staaten Louisiana, Mississippi und Alabama große Verberungen an. Verschiedene Ortschaften wurden zerstört. Auch eine Anzahl Personen ist dabei umgekommen.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom Montag, den 23. März 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück. Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Herne wird in dritter Beratung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Essen wird in erster und zweiter Beratung erledigt.

Es folgt die dritte Beratung des Quellenbeschugeses.

Abg. Lufensky (nall.) äußert Bedenken gegen die Fassung der Beschlässe zweiter Lesung, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unberücksichtigt.

Minister Dr. Delbrück: Trotz der wesentlichen Änderungen an der Regierungsvorlage, die vom Hause vorgenommen sind, ist der gesetzliche Schutz der Quellen, wie ihn § 3 vorzieht, doch wertvoller als Polizeiverordnungen. Ich bitte Sie daher erneut, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Lutz (Z.) empfiehlt einen Antrag, wonach bei Streitigkeiten über die Genehmigung oder Nichtgenehmigung von Arbeiten in einem Quellenbeschutzbereich das Verwaltungsstreitverfahren platzgreifen soll.

Minister Dr. Delbrück äußert mehrere Bedenken gegen den Antrag und bittet um dessen Ablehnung.

Abg. Dr. Gerschel (fr. Sp.) erklärt, daß seine Freunde dem Antrage Lutz zustimmen würden, dem Gesetze aber die Zustimmung verweigern müßten. Redner bekräftigt einen Antrag, der den Kreis der erlaubnispflichtigen Arbeiten erweitern will.

Ein Regierungskommissar führt aus, daß grundsätzliche Bedenken gegen diesen Antrag nicht zu erheben seien.

Abg. Krause-Waldenburg (fr.) bezeichnet den Antrag Gerschel als überflüssig.

Abg. Graf Spee (Z.) spricht sich gegen den Gesetzentwurf aus. Abg. Schmidt-Warburg (Z.): Ich bedauere, daß meine ausführlichen Darlegungen über die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes bei der zweiten Lesung außerhalb meiner Fraktion keinen Anklang gefunden haben.

Wo ist denn Herr Dr. Lutz? (Zuruf rechts: Im Reichstage!) Wenn diese Vorlage Gesetz wird, so kann man der Verstaatlichung des Grundbesitzes mit oder frei nach Weibel im Prinzip nicht mehr widerprechen. Mit Rücksicht auf die im Gesetz liegende Verfassungsänderung beantrage ich eine nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen.

Die Vorlage wird in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Der Antrag Schmidt-Warburg auf nochmalige Abstimmung nach 21 Tagen wird gegen die Stimmen des Zentrums und der Freisinnigen abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Gebühren der Hebammen. Nach der Vorlage soll die Bezahlung der berufsmäßigen Dienstleistungen der Hebammen nach einer vom Regierungspräsidenten festzusetzenden Gebührenordnung erfolgen. Die rechtskräftig festgesetzte Gebühr unterliegt der Bezahlung im Verwaltungszwangsverfahren durch den Kreisaußschuß.

Auktionsminister Dr. Holle: Die Vorlage stellt den ersten Vorschlag für eine Reform des Hebammenwesens dar. Das Notwendigste ist die Festsetzung der Gebühren und deren Eintreibung. Daneben besteht der Plan, im Verwaltungswege durch Verhandlungen mit den Kommunalverbänden eine den Verhältnissen in den einzelnen Verbänden sich anpassende Regelung des Hebammenwesens herbeizuführen.

Abg. Burhard (L.) spricht sich namens seiner Freunde für den Entwurf aus.

Abg. Schmiedding (Z.) begründet einen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß den Hebammen Gebühren und Auslagen, die wegen Mittellosigkeit der Wöchnerinnen nicht beigetrieben werden können, aus öffentlichen Mitteln ersetzt werden.

Abg. Seydewitz (nall.) erklärt namens seiner Freunde das Einverständnis mit dem Gesetzentwurf.

Abg. Lüdike (L.) empfiehlt einen Antrag, nach dem bei Festsetzung der Gebührenordnung der Kreisaußschuß bzw. der Gemeinde-

vorstand zu hören ist. Weiter verlangt er, daß die Entscheidung in Streitfällen, die nach der Vorlage der Regierungspräsident endgültig treffen soll, vom Bezirksausschuß getroffen wird.

Abg. Rünkerberg (fr. Sp.) hält die Vorlage für den ersten Schritt zur Reform des Hebammenwesens.

Minister Dr. Holle: Aus den Ausführungen der sämtlichen Vorredner entnehme ich die erfreuliche Übereinstimmung darüber, daß eine Reform des Hebammenwesens notwendig ist. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß, wenn der eingeschlagene Weg nicht zum Ziele führen sollte, ein anderer Weg eingeschlagen werden wird. (Beifall.) Gegen den Antrag Lüdike habe ich keine Bedenken.

Abg. Dr. Müller-Vorlin (fr. Sp.): An einer guten Regelung des Hebammenwesens hat die Allgemeinheit ein großes Interesse, denn die Zukunft des Volkes hängt davon ab, daß die Kinder gesund zur Welt gebracht werden. Gegen den Antrag Schmiedding habe ich einige Bedenken.

Minister Dr. Holle legt dar, daß die Bezirkshebammen durch ihre Verträge gegen Ausfälle geschützt seien. Die Frage der Sicherung der freien Hebammen gegen Ausfälle werde ich gern erwägen.

Damit schließt die erste Beratung.

In der zweiten Beratung wird der Gesetzentwurf mit dem Antrage Lüdike angenommen.

Der Antrag Schmiedding wird, da keine Kommissionsberatung beantragt und aus dem Antrage nicht ersichtlich ist, ob staatliche Mittel zur Verwendung kommen sollen, auf Vorschlag des Präsidenten v. Kröcher durch die Debatte für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung des Antrages der beiden freisinnigen Parteien, die Staatsregierung um baldmöglichste Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, der eine Abänderung der Kreisordnung insbesondere dahin herbeiführt, daß das Wahlrecht zum Kreisstage entsprechend der vermehrten Bedeutung der Stadt- und Landgemeinden sowie von Industrie und Gewerbe abgeändert wird.

Mit der Beratung wird verbunden über den Antrag v. Böhlendorff-Rölpin (L.) auf Erlass eines Gesetzes, wonach durch königliche Verordnung für einzelne Kreise nach Anhörung des Provinzialrats bestimmt werden kann, daß von dem nach der Kreisordnung für die Wahlberechtigung im Wahlverband der größeren ländlichen Grundbesitzer maßgebenden Mindestbetrage an Grund- und Gebäudesteuer wenigstens die Hälfte auf die Grundsteuer entfallen muß.

Abg. Gysling (fr. Sp.) begründet den Antrag der Freisinnigen. Der Antrag entspricht einem alten Wunsche meiner Partei. Nicht nur in den östlichen Provinzen, sondern auch in Hannover, in Westfalen und in der Rheinprovinz besteht ein dringendes Bedürfnis nach einer anderen Zusammensetzung der Kreisstage. Die Landgemeinden und die Stadtgemeinden haben seit dem Erlaß der Kreisordnung eine erhebliche Zunahme ihrer Bevölkerung und damit eine steigende kulturelle Bedeutung erlangt, der ihre Vertretung in den Kreisstagen absolut nicht entspricht. Ein unhaltbarer Zustand ist es, daß Kleinrentner und Städte, die in einem anderen Kreise Grundbesitz haben, sich dort nicht durch einen eigenen Vertreter, sondern nur durch einen Kreisangehörigen auf dem Kreisstage vertreten lassen können. Der Antrag v. Böhlendorff-Rölpin geht sehr einseitig vor. Hoffentlich wird in der Gemeindefunktion, an die ich beide Anträge zu verweisen beantrage, Licht und Schatten in dieser Frage gleich verteilt werden. (Beifall links.)

Abg. v. Böhlendorff-Rölpin (L.) begründet seinen Antrag, der nicht eine Veränderung der Kreisordnungen, sondern nur eine anderweitige Regulierung der Wahlberechtigung nach § 86 der Kreisordnung für die östlichen Provinzen bezweckt. Aus den Ausführungen des Vorredners habe ein gewisses Mißtrauen gegen die Tätigkeit der Kreisaußschüsse herausgefunden.

Abg. Schulze-Pellum (L.) erklärt, daß seine politischen Freunde die größten Bedenken gegen eine Aenderung der Grundloggen des Wahlrechts zu den Kreisstagen haben. (Zustimmung rechts.) In Westfalen gebe es Kreisstage, denen infolge des Vordringens der Industrie schon kein Großgrundbesitzer mehr angehöre.

Abg. Lutz (Z.) schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Vorredners an und erklärt sich mit der Verweisung der Anträge an die Gemeindefunktion einverstanden.

Abg. Dippe (nall.): Eine stärkere Vertretung der Städte und der städtischen Industrie auf den Kreisstagen könnte nur ermöglicht

werden auf Kosten der Vertretung des platten Landes. Die Zurückdrängung des Großgrundbesitzes liegt nicht im Interesse der Selbstverwaltung. Der Antrag v. Böhlendorff geht uns zu weit.

Abg. Dr. Rager (Z.) spricht sich für den Antrag v. Böhlendorff aus.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (L.) gibt für seine Freunde die Erklärung ab, daß sie mit der Ueberweisung der Anträge an die Gemeindefunktion einverstanden seien.

Damit schließt die Debatte.

Im Schlußwort bittet Abg. Gysling (fr. Sp.) die Regierung um Vorlegung einer Statistik über die Zusammensetzung der Kreisstage und erklärt, daß er gerade das Interesse der Landgemeinden in den Vordergrund geschoben habe.

Die beiden Anträge gehen an die Gemeindefunktion. Ein Antrag Windler (L.) auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Begeordnungsverfahren für die Provinz Sachsen wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Sehndarbbahnvorlage.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziales.

Ist ein Haussohn auch dann krankenversicherungspflichtig, wenn kein Arbeitsvertrag vorliegt?

Der in Magdeburg geborene jugendliche Würstlermeister Beck war vom 10. Februar 1906 bis zum 18. Mai 1906 in Magdeburg bei seinem Vater, dem Würstlermeister Kurt Beck beschäftigt. Er reiste dann fort, wurde innerhalb drei Wochen krank und wurde längere Zeit in einem Leipziger Krankenhaus auf Kosten des Armenamts der Stadt verpflegt. Als endgültig sorgepflichtiger Armenverband mußte der Armenverband Magdeburg die gelegentlichen Kosten in Höhe von 91 Mark erstatten. Dieser Armenverband beanspruchte nun auf Grund des § 57 des Krankenversicherungsgesetzes von der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Magdeburg Ersatzleistung in Höhe von 60,50 M., indem er geltend machte, Beck jur. sei infolge der erwähnten Beschäftigung beim Vater Mitglied der Ortskasse gewesen und hätte, da die Krankheit innerhalb drei Wochen nach dem Verlassen des väterlichen Betriebes ausbrach, für die Leipziger Verpflegungszeit an die Kasse Beiträge in Höhe von 60,50 M. gehabt. Die Kasse bestritt dies. Der Bezirksausschuß Magdeburg beurteilte sie aber nach dem Klageantrage und führte unter anderem aus: Kurt Beck (der Sohn) sei tatsächlich bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mitglied gewesen. Verfehlt sei ihr Einwand, daß er nicht krankenversicherungspflichtig gewesen sei, weil ihm der Vater nur Logis und Lebensunterhalt gewährt hätte. Nach Annahme des Gerichts sei für die Krankenversicherungspflicht die Tatsache der Beschäftigung in einem der in den Paragraphen 1, 2 und 3 des Krankenversicherungsgesetzes genannten Betriebe ausschlaggebend. Im allgemeinen begründe jede Beschäftigung in solchem Betriebe, sofern sie nicht durch die Natur ihres Gegenstandes oder im voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt sei, die Versicherungspflicht. Hiernach kann die Versicherungspflicht Kurt Beck seinem Zweifel unterliegen.

Die Kasse legte Revision ein. Von dem Rentanten E. Wendlandt wurde vor dem Oberverwaltungsgericht geltend gemacht: Nicht jede Beschäftigung in einem der erwähnten Betriebe sei versicherungspflichtig, sondern nur die gegen Gehalt oder Lohn. Dieser könne nun nach dem Gesetze zwar auch in Naturalbezügen bestehen. Immerhin müsse er aber gewährt werden auf Grund eines Arbeitsvertrages. Der Bezirksausschuß habe es aber unterlassen, darüber Beweis zu erheben, ob die von Kurt Beck vom Vater erhaltenen Naturalbezüge Anfluß eines Arbeitsvertrages waren, was die Kasse bestritten habe. Schon deshalb müsse das Urteil aufgehoben werden. Die Kasse behauptete, daß der Würstlermeister Beck lediglich seiner Alimentationspflicht dem Sohne gegenüber gerecht geworden sei. — Aber auch noch in einem anderen Punkte gehe das Urteil fehl. Insofern nämlich, als es den endgültig verpflichteten Armenverband Magdeburg ohne weiteres als

Drum wird heut' wer sonst „Dho“ nur geschrien, des Lebens froh; Fröhlich tummelt auf der Flur Sich die letzte Garnitur.

III.

Saubengel? Rein so arges Wort. Ich reich' ihm eins am rechten Ort. Im dann in aller Freundschaft zu sagen: Gelt, Gröber! Wollen uns weiter vertragen!

Erzbergers unsterbliche Regerecke. Hingegen und Ähnliches fromme Begröble. Brähten auch mich im Reichstag zum Mafen, Nieber noch Gröber als Heuchelphrasen!

Fridolin.

Notizen.

— Bühnenchronik. Eleonora Duse beginnt ihr Gastspiel im Neuen Theater am 7. April in der Rolle der „Locandiera“. Am 8. April wird „La Citta morta“ von d'Annunzio und am 9. April „Rosmersholm“ gegeben. Ein Teil des Ensembles des Neuen Schauspielhauses wird in der Zeit von Anfang April bis Ende Juni im Berliner Theater vorwiegend „Stücke leichter und heiteren Charakters“ aufführen.

— Der Richter, der beim Worte genommen wurde. Die Richter benutzen ihre privilegierte Stellung nur zu oft dazu, um die vor ihre Schranken Zitieren mit unangebrachten Mahnungen, weisen Lehren und ähnlichem zu behelligen. Meistens muß der ihnen Ausgelieferte schweigend solche Angelegenheiten, die von Unwissenheit und Klaffen vorurteilen diktiert werden, über sich ergehen lassen. In Ungarn hat man jetzt einmal einen Richter beim Wort genommen und durch Tatsachen (hoffentlich gründlich) belehrt. Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet darüber: Vor dem Budapester Gerichtshof fand vor einigen Tagen die Verhandlung gegen einen wegen Freiheitszucht zum Klaffenhah angeklagten „sozialistischen Agitator“ statt. Präsident Sarkány redete dem Verbrecher ins Gewissen, den daß gegen die heutige Gesellschaftsordnung aufzugeben, denn die Gesellschaft sei besser als ihr Ruf. In Ungarn könnte jeder brave Arbeiter, wenn er nur wolle, täglich unbedingt fünf Kronen verdienen. . . . Im nächsten Tage erließen im Infernatenteil zweier Budapester Blätter folgender Aufruf: „Arbeiter! Wer täglich fünf Kronen verdienen will, melde sich: VIII. Bezirk, Vorohgasse Nr. . . .“ (Die genaue Wohnungsadresse des Gerichtspräsidenten Sarkány.) Seither ist es um die Ruße des Herrn Sarkány gekommen. Von früh bis abend melden sich Hunderte und Hunderte von Arbeitern in seiner Wohnung und suchen um Arbeit an. Vor dem Hause des Gerichtspräsidenten herrscht zu manchen Stunden des Tages ein lebensgefährliches Gedränge der Arbeitssuchenden, so daß selbst die Polizei intervenieren mußte. Nun hat man die erwähnten beiden Zeitungen ersucht, die gefährliche Anzeige nicht mehr zu publizieren, und die übrigen Zeitungen, über die Sache zu schweigen. Man hofft damit die gestörte soziale Ordnung wieder ins richtige Geleise zu bringen.

Kleines feuilleton.

Universitätszustände in Preußen und in Kulturländern. Das Erschaunliche an der Farce, die Rektor und Senat der Berliner Universität mit dem Verbot zur sexuellen Aufklärung bestimmter Vorträge aufgeführt haben, ist die Geduld, mit der die Studenten diese Bevormundung hingenommen haben. Es ist bezeichnend für die knechtliche Unterwürfigkeit, in der alle bürgerlichen Preußen vor den willkürlichen Verfügungen der Behörden ersteren, daß selbst die akademische Jugend sich gegen die Unterbindung ihrer Bewegungsfreiheit zu keinem kräftigen Protest mehr aufzuraffen vermag. Nächst hat die Regierung die Freiheit der Wissenschaft an den preussischen Universitäten auf allen Gebieten, wo sie den Interessen der herrschenden Schicht gefährlich werden kann, durch die Art, wie sie ihre Professoren-Ernennungsrecht ausübt, in Wirklichkeit vollkommen aufgehoben. Trotzdem setzen sich diese Herren mit hoher oberpreussischer Erlaubnis von Zeit zu Zeit als Verfechter der freien Wissenschaft in Postur und treten, wenn Zentrum nicht gerade Trumpf ist, über die Indubidamkeit der Popsprüche, während sie gegen die größere und gefährlichere des preussischen Ministeriums nicht aufzuzummen wagen.

Daß diese preussischen Zustände nichts anderes sind als eine Teilercheinung der Allmacht der Alieinherrschaft der Duraokratie, die jede Freiheit als ihren Todfeind haßen muß, zeigt sofort ein Blick auf andere Länder. In Oesterreich würde sich kein Student die Zeitsur seiner Vorträge durch eine akademische Behörde gefallen lassen; was in Preußen als das Schrecklichste aller Schrecken gilt, konnte in Oesterreich ohne jedes Hindernis längst verwirklicht werden. An der Wiener Universität besteht seit vielen Jahren eine sozialistische Organisation der Studenten, die in ihrem Verein über alle Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus ungehindert Vorträge hält, sozialistische Studenten nehmen an der März- und Maifeier des Proletariats teil. Und eben jetzt hat der Verein eine Märzfeier veranstaltet, in denen die Genossen Max Adler, Otto Bauer und der Abgeordnete Karl Renner, selbst frühere Mitglieder des Vereins, über Marx als Philosophen, Rationalökonom und Volkstiler gesprochen haben. Und der akademische Senat, weit entfernt, den in Oesterreich undenkbar Versuch zu machen, diese Vorträge zu verhindern, hat dem Verein ohne weiteres den großen Hörsaal der Universität zur Abhaltung der Märzfeier zur Verfügung gestellt.

Noch schrecklicher geht's aber in England zu. An der Universität von Glasgow ist nächstens Rektorewahl. Die englischen Universitäten haben noch die mittelalterliche Korporationsverfassung. Der Rektor wird daher nicht bloß vom akademischen Senat gewählt, sondern von allen, die an dieser Universität einen akademischen Grad erworben haben. Und da hat nun die sozialistische Gesellschaft an der Universität Glasgow als Kandidaten für das Rektorat Genossen Keith Hardie aufgestellt. Seine Gegenkandidaten sind Campbell-Vannerman und Lord Curzon. Dafür ist aber auch England ein zurückgebliebenes Land und wir kennen keine englische Ueberzeugung des echt-preussischen Professorenwortes von der Leibgarde der Hohensollern.

Wasser in der Mars-Atmosphäre. Zu der neuesten Marsentdeckung wird den „Allg. Wiss. Ver.“ geschrieben: Prof. Percival

Lowell hat eine wichtige Beobachtung als Stütze seiner Behauptung, daß der Mars alle Lebensbedingungen für organisierte Wesen biete, zu verzeichnen. Wie die „Nature“ berichtet, ist es seinem Assistenten Clipper gelungen, mittels eigens zu diesen Versuchen konstruierter photographischer Platten Bilder des Mars-Spektrums zu erhalten, auf denen die Wasserdampf-Linien weit schärfer erkennbar sind als in den Mond-Spektren, die bei gleicher Höhe über dem Horizont aufgenommen sind. Damit ist eine der allerwichtigsten Vorbedingungen für die Annahme der Wohnbarkeit unseres Nachbarplaneten gegeben. Die photographische Bestätigung für die Existenz der Kanäle erfährt eine außerordentlich wichtige Ergänzung durch die Tatsache, daß auch das Wasser vorhanden ist, um sie in der warmen Jahreszeit zu füllen. Die weichen Klappen an den Polen hatten die Gegner der Marswohnbarkeit nicht als vollständigen Beweis angenommen, indem sie auf die Möglichkeit hinwiesen, daß diese Klappen aus gefrorener Kohlenensäure bestehen könnten, obgleich sich auf diese Weise die uncharakteristischen Ränder zur Zeit der Schmelze nicht recht erklären ließen. Daß aber die verdunstende Kohlenensäure gar im Spektrum der Marsatmosphäre die Linien des Wasserdampfes schärfer hervortreten lassen sollte, werden wohl auch die hartnäckigsten Verfechter der „Verdunstungstheorie“ nicht behaupten können. Wenn sich also die vorläufig von Lowell telegraphisch an Sir Norman Lockyer mitgeteilte Beobachtung bestätigt, — was wohl anzunehmen ist, — so wird eine ganze Reihe von Einwänden gegen die Wohnbarkeit des Mars hinfällig. Es ist recht bezeichnend, daß schon Sechsi im Jahre 1888 Veränderungen der Marsoberfläche beobachtete, die ihn das Vorhandensein von Dampf- und Wollenmassen in seiner Atmosphäre annehmen ließen. Auch Sir Norman Lockyer fand anlässlich der Erdnähe im Jahre 1892 so rasche, binnen Stunden vor sich gehende Änderungen des Details, daß er zu ihrer Erklärung die Wollenbildung heranzog.

Humor und Satire.

Streiklieder, im Reichstag zu singen.

I. Die Presse streikt. Der Terror wütet. Die Streikposten hält kein Gesetz mehr im Zügel; Ein Kerl, gestellt von der „Post“, entbietet Den Raubheinen hahnnebühnen Prügel.

Streikbrecher liefert hier selbstverständlich Das Zentrum. Kinder, gönnt es ihm gerne, Auf daß der christliche Arbeiter endlich Seines Zeitungsgewissers sich schämen lerne!

II.

Selig, wer sich vor der Welt Sonst zumeist verschlossen hält. Reiblos senden ihren Chor Fein' die Primadonnen vor.

Denn was nützt der Rede Schwall, Bleibt er ohne Widerhall In des treuen Lesers Brust? Deibel, da vergeht die Lust.

legitimierten Kläger anerkennt. Nur der vorläufig verpflichtete Armenverband Leipzig sei zur Klage berechtigt gewesen; zum mindesten aber hätte Magdeburg nicht über den Kopf von Leipzig hinweg klagen dürfen.

Der 3. Senat des Oberverwaltungsgerichts hob die Vorentscheidung auf, verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an den Bezirksauschuss zurück und führte aus: Es sei richtig, daß Hauskinder nur dann versicherungspflichtig wären, wenn ein Arbeitsvertrag geschlossen sei. Das ergebe sich aus dem Gesetz. Der Abschluß eines Arbeitsvertrages sei bisher noch nicht festgestellt. Deshalb sei das Urteil aufzuheben. Aber auch der zweite Grund, das Klagerrecht Leipzigs betreffend, greife durch. Es müsse eine Erklärung Leipzigs beigebracht werden, daß es nichts mehr zu fordern habe, bevor Magdeburgs Klagerrecht einwandfrei sei.

Besserer Schutz gegen die Milzbrandgefahr.

Die organisierten Bäcker- und Pflanzmaler Nürnberg haben schon vor 18 Jahren den Kampf gegen die furchtbare Gefahr der Ansteckung mit Milzbrand, der die Arbeiter der Bäcker- und Pflanzmalerindustrie ausgebreitet hat, eröffnet. Eine von ihnen eingesetzte Milzbrandkommission hatte die Aufgabe, die Agitation in dieser Frage zu betreiben und die öffentlichen Gewalten zu bestimmen, ausreichende Schutzmaßnahmen zu erlassen. Das unermüdete Drängen hatte auch den Erfolg, daß einige Vorkehrungen getroffen wurden, die aber durchaus unzureichend sind. Ein vollständiger Schutz gegen die Milzbrandansteckung existiert noch nicht, noch immer kommen Erkrankungen und Todesfälle infolge Milzbrand ziemlich zahlreich vor. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß ein vollkommener Schutz nur dann garantiert ist, wenn das gesamte zur Verarbeitung kommende Material, auch das inländische, dem Desinfektionszwang unterworfen wird. Wegen dieser Forderung haben sich die Industriellen bisher stets mit der Ausrede gewendet, daß hierdurch das Material entwertet werde. Nun hat vor einiger Zeit die Kontrollkommission der Bäcker- und Pflanzmaler Deutschlands, die in Nürnberg ihren Sitz hat, an den Reichsanwalt eine Eingabe gerichtet, in der neuerdings die Hygienebestimmungen für alle zur Verarbeitung kommenden inländischen Tierhaare gefordert wird. Die Reichsregierung ließ Erhebungen pflegen und forderte unter anderem auch vom Stadtmagistrat Nürnberg ein Gutachten ein, ob durch den allgemeinen Desinfektionszwang eine volkswirtschaftliche Schädigung zu befürchten wäre. Der Magistrat hat sich mit den Industriellen in Verbindung gesetzt und im Einvernehmen mit diesen sein Gutachten dahin formuliert, daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus keine Bedenken gegen die Anordnung des Desinfektionszwangs für die zur Verarbeitung bestimmten Haare von inländischen Kindern, Pferden und Riegen sowie für die Vorsten inländischer Schweine bestehen. In Nürnberg besteht bereits eine ortspolizeiliche Vorschrift, die die Hygienebestimmungen für Haare von Kindern, Pferden und Riegen vorschreibt. Wird der Bundesrat nunmehr allgemein den Desinfektionszwang einführen?

Menschen als Ware.

Der Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen zu Halle a. S. erzählt Inzerate, die folgenden Wortlaut haben:

„Mehrere größere Pösten Wanderarbeiter (Männer, Frauen und Kinder) sind noch abzugeben.“

Ähnliche Inzerate gehen von anderen Landwirtschaftskammern aus. Den Agrariern sind die Wanderarbeiter eine Ware, die man beliebig verhandelt. Menschenrechte? Ein leeres Wort, das im Sprachschatz unserer Junker nicht existiert — Notabene soweit sie nicht meinen, daß ihnen selbst noch Menschenrechte vorenthalten werden. Dann wissen sie nicht genug zu schreiben über die Ungerechtigkeit der Welt und der Menschen. ... Wir sind die Herren und ihr seid die Sklaven, die wir noch geringer achten als unser Vieh! —

Eine staatliche Versuchsanstalt ein Seuchenherd?

Zu Greifswald besteht an der Aligower Chaussee die staatliche Versuchsanstalt zur Erforschung der Erreger der Viehseuchen und der Bekämpfung derselben. Auf vier Gehöften in der Umgegend brach im 1906 die Maul- und Klauenseuche aus. Nach den Feststellungen einer von den Ministern entsandten Untersuchungskommission ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Seuche infolge Übertragung durch die zu Versuchszwecken gehaltenen Tiere des Instituts entstanden ist. Die Kommission fand die Abschließung des Anstalts mangelhaft und ihre Lage auch nicht geeignet. — Zwei Gutachter, deren Vieh von der Maul- und Klauenseuche befallen war, verklagten den Direktor als Verfälscher und Professor Dr. Vöfller als den Leiter der Station auf Schadenersatz. Der Kultusminister erhob Konflikt zugunsten des Professors und machte geltend, er sei lediglich Leiter der Anstalt gewesen und es falle ihm eine Hebertragung seiner Amtspflichten oder eine Unterlassung einer Amtshandlung nicht zur Last, mithin könne er nicht zivilrechtlich verantwortlich gemacht werden.

Das Oberverwaltungsgericht verwarf dieser Tage den Konflikt als unbegründet, weil nicht unwiderleglich dargetan sei, daß Vöfller sich einer Unterlassung der ihm obliegenden Pflichten nicht schuldig gemacht habe.

Aus Industrie und Handel.

Gewinnsteigerung.

Das Essener Steinlofenbergwerk A.-G. erzielte für das letzte Jahr einen Reingewinn von 2 808 678 M. gegen 2 284 666 M. für das Jahr 1906. Die Kohlenförderung stieg in derselben Zeit von 1 306 923 Tonnen auf 1 480 883 Tonnen. Demnach ist der pro Tonne Förderung herausgebrachte Reingewinn von 1,636 M. auf 1,885 M. gewachsen. Das ist eine Steigerung von über 15 Proz. Und da die Zahl der Arbeiter von 4418 auf nur 4840 hinausging, ist der pro Arbeiter erzielte Reingewinn von 518 M. auf 580 M. gestiegen.

Folgen der Schutzzollerei.

Die Handelskammer zu Hanau bemerkt in ihrem letzten Jahresbericht: Wenn demnach die Außenhandelsverhältnisse Deutschlands für 1907, ziffernmäßig betrachtet, im ganzen noch günstig erscheinen, so darf in diesem Zusammenhang doch nicht verschwiegen werden, daß die neuen Handelsverträge, teils an sich, teils in Verbindung mit anderen Momenten, ihre nachteiligen Wirkungen für unsere Exportindustrien mehr und mehr sichtbar zu machen beginnen. So wird uns aus der Weberei berichtet, daß infolge hoher Zölle ihr Absatz nach Frankreich, Spanien, Rußland und den Vereinigten Staaten fast unmöglich geworden sei und derjenige nach Italien, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz empfindliche Einbußen erlitten habe. Die Bijouteriebranche klagt namentlich über die enorme Zollerhöhung in Oesterreich, und dort sowie in Frankreich und Italien, wo überdies noch niedrigere Arbeitslöhne gezahlt werden, erwache ihr eine zunehmende Konkurrenz. Die Emailwarenindustrie sieht sich infolge der Zollverhältnisse in wichtigen ausländischen Absatzgebieten aufs ernsteste bedroht, wo mit Hilfe billigeren Rohmaterials zudem eine immer mehr erstarkende eigene Industrie entstanden ist. Für chromolithographische Erzeugnisse und für Metallstern ist der Export durch hohe Zölle sehr erschwert, und die deutsche Lackwarenindustrie befindet sich in einem harten Kampf um die Behauptung ihrer Vormachtstellung auf dem Weltmarkt.

Rohstoffenerzeugung.

Nach den Ermittlungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenenerzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats Februar 1908 insgesamt 994 186 Tonnen gegen 1 061 320 Tonnen im Januar 1908 und 973 191 Tonnen im Februar 1907.

In der Produktion der einzelnen Sorten in den einzelnen Bezirken liegen auffällige Verschiedenheiten gegen den Vormonat vor. So ist im Siegerland die Erzeugung von Westmercoheisen von 3758 Tonnen auf 47 Tonnen gefallen, in Rheinland-Westfalen die Erzeugung von Buddelroheisen von 1612 Tonnen auf 8230 Tonnen gestiegen. — Jedenfalls hat man sich darauf berlegt, Schmiedeeisen auf Lager zu produzieren.

Streiflichter auf die Weltreise.

England. Die wirtschaftliche Situation hat sich in der Textil-, Eisen- und Schiffbauindustrie entschieden verschlechtert. Nordamerika (U. St.). Die Geschäftsverhältnisse sind nach wie vor schwierig, die Hoffnungen auf einen raschen Verlauf der Krise sind dahin.

Kanada. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch dieser Nachbarstaat der Union eine ernste ökonomische Krise durchmacht, deren Umfang allerdings noch nicht genau abzuschätzen und deren bleibende Folgen zurzeit nicht abzusehen sind. Die offiziellen Bulletin sind zwar bemüht, die gegenwärtige mißliche Lage nur als eine durch momentane Geldknappheit verursachte vorübergehende Unterbrechung der günstigen Konjunktur darzustellen, die angesichts der reichen natürlichen Einnahmequellen rasch und sicher zu beheben sein werden; aber sachmännische Privatberichte sowie auch die Saisonweise der diversen Eisenbahn- und Exportgesellschaften geben andere Urteile von der Lage.

Chile. Die Verhältnisse werden noch immer als recht ungünstig geschildert. Die Streiks in den Salpetergruben beeinflussen die Lage höchst ungünstig.

Brasilien. Die Regierung will sich autorisieren lassen, gewissen Staaten (U. St.) anstatt eines Zollnachlasses von 20 Proz. einen solchen von 50 Proz. zuzugestehen. Die Handelsreisenden sind darüber sehr beunruhigt und wandten sich an die Regierung.

China. Die Situation ist fortgesetzt eine prekäre. Besonders ins Gewicht fällt der Rückgang des Absatzes von Baumwollwaren, der seine Erklärung darin findet, daß übergroße Bezüge im Vorjahr den Markt überfüllt haben. Aus Rußland wurden mehrere große Ballimente gemeldet. Ein bedeutendes Handelshaus, das zwei Banken und mehrere Oelmühlen besitzt, ist mit einem Defizit von etwa 6 Millionen Taels in Konkurs geraten. Dadurch sind in Rußland weitere 80 Firmen in Mitleidenschaft gezogen worden; auch Tientsin und Sutschou wurden betroffen, und eine größere europäische Firma sowie mehrere Banken, darunter die russisch-chinesische Bank, sollen mit etwa 1 Million Taels bedeutende Einbuße erlitten haben.

Japan. Hier ist die wirtschaftlich-finanzielle Krise eine überaus heftige. In den letzten Wochen haben 12 Firmen, die in der Mehrzahl der Metallindustrie angehören, ihre Zahlungen eingestellt. In Tokio sind drei kleinere Banken insolvent geworden, auf andere fanden Ruß statt. Neben den Vorgängen im Eisenimport wurde die wirtschaftliche Lage auch dadurch beeinträchtigt, daß der Seideneport infolge der amerikanischen Krise zurückgegangen ist.

Ostindien. In den indischen Verhältnissen ist keine wesentliche Besserung eingetreten. Verschiedene große Firmen und auch Banken im Innern des Landes sind Opfer der Krise geworden. Viele Traktaten kommen uneingelöst zurück. Das Ankommen von großen Warenmengen an den beiden Importhäfen Bombay und Kalkutta hat demart zugenommen, daß Mangel an Lagerraum eingetreten ist.

Westafrika. In allen Plätzen macht sich eine starke Depression geltend. Die Faktoreien sind mit Waren überfüllt, Einkäufe, zumal in Textilien, werden aufs äußerste beschränkt.

Nur in Peru, Uruguay, Paraguay, Kolumbien, sowie vor allem in Argentinien entwickeln sich Produktion und Handel gut; ebenso in Mexiko, wiewohl hier eine kleine Abschwächung — infolge der Krise in den Vereinigten Staaten — eingetreten ist.

Ein österreichisches Maschinenkartell.

Die bedeutendsten Maschinenfabriken in Oesterreich haben sich zusammengeschlossen. In dem neugeschaffenen Kartell befinden sich acht große Aktiengesellschaften und zwei große Privatfirmen. Die Aktiengesellschaften verfügen zusammen über ein Aktienkapital von 51,6 Millionen Kronen und 6,29 Millionen Kronen Reserve. Der jährliche Umsatz der kartellierten Fabriken wird auf 70 bis 80 Millionen Kronen beziffert.

Das Kartell ist auf 10 Jahre geschlossen, sein Endtermin fällt ziemlich zusammen mit dem Endtermin des Eisenkartells (1917). Es ist kein direktes Preiskartell, sondern bloß ein Kontingentkartell mit gemeinsamer Geschäftsführung. Jeder Fabrik ist eine Beteiligungsquote zugewiesen, unter gleichzeitiger Festsetzung, wieviel von dieser Quote auf jede Gruppe entfällt. Die Aufträge werden durch eine ständige Kommission in Prag verteilt. Es ist jedem Besteller unbenommen, sich an eine bestimmte Fabrik zu wenden, und jeder Fabrik, die Bestellungen zu ihrer Kundtschaft aufrecht zu erhalten, nur müssen diese Aufträge der Kommission bekanntgegeben und in die Quote aufgenommen werden.

Einer der Hauptzwecke der Vereinigung ist, eine weitgehende Spezialisierung zu ermöglichen, die Produktion des einzelnen Fabrikates möglichst bei einer einzigen Fabrik zu konzentrieren und dadurch die Produktionskosten wesentlich zu verbilligen. Mit diesem Verfahren hat das Eisenkartell seinen großen Erfolg erzielt, das Maschinenkartell will es ihm nachmachen.

Die Wirkung dieser neuen Kartellbildung wird sich dahingehend zeigen, daß die nichtkartellierten Industrien von dieser Seite Bedrängnissen im In- und Auslandsverkehr ausgesetzt werden und es wird sich festiger als bisher der Drang entwickeln, sich selbst zu kartellieren.

So zieht sich der Ring der Kartelle um die Volkswirtschaft immer dichter.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau gehört ins Haus!

Das Statistische Amt der Stadt Köln beginnt seinen soeben veröffentlichten Bericht über den Arbeitsmarkt im Monat Februar mit diesem Satz: Die sonst im Februar einschneidende Frühjahrssteigerung der gewerblichen Tätigkeit ist diesmal ausgeblieben. Das Verhältnis der arbeitsfähigen Krankenkassenmitglieder zur Bevölkerungszahl stellte sich mit 231,6 auf 1000 erheblich niedriger als in den beiden Vorjahren, wo die Zahlen 240,4 und 242,8 betragen. Trotz dieser außerordentlichen Ungunst des Arbeitsmarktes weisen zwei Kölner Krankenkassen bei erheblicher Abnahme der männlichen Mitglieder eine bedeutende Zunahme der weiblichen auf. Bei der Ortskrankenkasse für die in stehenden Gewerbetrieben beschäftigten Personen nahm die Zahl der männlichen Arbeiter um 494 ab, während sich die Zahl der Arbeiterinnen um 454 erhöhte, und bei der Vereinigten Ortskrankenkasse für Handwerker sank die Zahl der männlichen Mitglieder um 1204, während die der weiblichen um 154 zunahm.

In diesen Zahlen kommt die Eier des Unternehmertums nach der wohlfeileren und auch willigeren weiblichen Arbeitskraft zum Ausdruck. Bei der Krankenkasse für das stehende Gewerbe läßt die annähernd gleiche Höhe der verminderten Arbeiter (494) und der vermehrten Arbeiterinnen (454) fast darauf schließen, daß die männlichen Arbeiter durch weibliche ersetzt worden seien.

Weibliche Arbeitslose kennt die Allgemeine Arbeitsnachweisanstalt der Stadt Köln überhaupt nicht. In der weiblichen Abteilung überwiegt nämlich die Nachfrage der Unternehmer das Angebot der weiblichen Kräfte. Dieser Tage las man in einer Veröffentlichung der Anstalt: „Am 1. und 15. jeden Monats kann man auf dem Arbeitsnachweisbureau die Beobachtung von dem Abstromen der Mädchen in alle möglichen Berufe der Industrie machen. Die ungünstige Konjunktur hätte bisher nur auf die Arbeitslosigkeit der männlichen Arbeitskräfte Einfluß. Mehrere hiesige industrielle Betriebe sind außerstande, trotz aller möglichen Nachfragen und Bekannmachungen ihren Bedarf an

weiblichem Personal zu decken. Von den Nachfragen nach Dienstmädchen können in der Regel nur 30 Proz. gedeckt werden.“

Mit der letzteren Feststellung deckt sich auch die Tatsache, daß die Kölner Wirtinennote bei ihrer Krankenkasse im Gegensatz zu den beiden anderen genannten Klassen eine Zunahme der männlichen Mitglieder (um 102), dagegen eine Abnahme der weiblichen (um 94) im Monat Februar verzeichnet. Die Berufe der Dienstmädchen und der Gasthausangestellten weisen, im Gegensatz zu allen anderen Berufen in Industrie, Gewerbe und Handel, eine Ausnahme der weiblichen Arbeitskräfte auf.

In welchem Umfange die weibliche Arbeitskraft in der Industrie Verwendung findet, zeigt das Ergebnis der Tätigkeit des Arbeitsnachweises des Vereins der Metallindustriellen in Berlin. Danach waren im Jahre 1907 bei den Vereinsmitgliedern 70 407 Personen beschäftigt, davon 10 899 Frauen und Mädchen. Es gehörten mithin fast 14 Proz. der Beschäftigten dem weiblichen Geschlecht an. Gegen 1906 war die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte im Jahre 1907 um 432 gestiegen. In den letzten Monaten soll sich das Verhältnis sehr verschoben haben, indem auch hier anstelle entlassener Männer die billige weibliche Arbeitskraft Verwendung fand.

Dänische Frauen in der Wahl.

Durch das Häfslängesetz vom 4. Mai 1907 haben die dänischen Frauen eine Art kommunalen Wahlrechts erhalten, das zwar auf die Gemeindeverwaltungen selbst keinen Einfluß ausübt, aber doch von großem sozialen Wert ist.

Schon seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bestehen in den Provinzialstädten und Landgemeinden Dänemarks „Freie Armenklassen“, deren Leistungen für die Empfänger nicht, wie die allgemeine Armenunterstützung, den Verlust des Wahlrechts noch des Rechts auf Altersversorgung nach sich ziehen. Bisher wurden die Klassenverwaltungen von den Gemeinderäten eingesetzt, was zur Folge hatte, daß die Häfslängesetz nur zu oft an die Gemeindefürsorge verwiesen wurden, besonders dann, wenn es sich um sozialdemokratisch gestimmte Arbeiter handelte, denen man auf diese Weise das Wahlrecht entziehen konnte. Seit 1904 steht den freien Armenklassen ein Staatszuschuß von im ganzen 250 000 Kronen das Jahr zur Verfügung, aus dem ihnen bis zu einem Drittel ihre Ausgaben ersetzt werden können. Dieser Zuschuß kann aber nur von solchen Gemeinden voll ausgenutzt werden, die selbst pro Jahr und pro Kopf der Einwohner mindestens 30 Dore für die Klasse aufbringen. Ein gut Teil des Zuschusses ist bisher nicht verbraucht worden, da nur die Gemeinden, wo die Arbeiterklasse trotz des kommunalen Zweiklassenwahlrechts im Gemeinderat stark genug vertreten ist, das nötige Interesse für die freien Armenklassen zeigen.

Durch das neue Gesetz, das diese Klassen als „Häfslängesetz“ bezeichnet, wird eine ziemlich gründliche Demokratisierung der Klassenverwaltungen durchgeführt. Allen mindestens 25 Jahre alten, steuerzahlenden Männern und Frauen, steht das aktive und passive Wahlrecht zu. Wenn man ein Jahr in der Kommune ansässig ist und keine Steuer gezahlt oder bei Ehefrauen der Mann sie gezahlt hat, ist das Wahlrecht zur Häfslängesetz gewonnen. Die Wahlen sind proportional.

Die Wahlen finden in diesem Monat statt und haben auch bereits in mehreren Gemeinden zu guten Erfolgen für die Sozialdemokratie und die ihr angehörenden Frauen geführt. Besonders lebhaft ist der Wahlkampf in Frederiksberg, der Nachbargemeinde Kopenhagen und größten Provinzstadt Dänemarks, wo die Wahlen am Dienstag stattfanden. Hier vertrat eine bürgerliche Frauenorganisation eine besondere Frauenliste aufzustellen, die lediglich Damen aus der „besten“ Gesellschaft aufwies. Der Versuch mißlang jedoch, und die Damen mußten sich damit begnügen, daß zwei von ihnen auf die Liste der Konservativen übernommen wurden. Der Versuch mit der „reinen“ Frauenliste ging ursprünglich von dem Regierungsliberalen aus, die sich in Frederiksberg zu schwach fühlten, um unter eigener Parteiflagge den Wahlkampf aufzunehmen. Von den bürgerlichen Parteien haben außer den Konservativen nur noch die Radikalen eine eigene Liste aufgestellt. Die sozialdemokratische Liste enthält die Namen von fünf Genosseninnen und von sechs Genossen, unter diesen die drei, die bisher in der Verwaltung der freien Armenklassen lagen. Auf dem Stimmzettel werden die Kandidatenlisten einfach mit Pfl. A. — B. und — C. bezeichnet, und der Wähler oder die Wählerin macht bei der Liste, die sie zu wählen gedenkt, ein Kreuz. Die Kommunalverwaltung hat die sozialdemokratische Liste mit „A“ bezeichnet und man darf erwarten, daß diese Liste auch die größte Stimmenzahl erhält.

Die Stimmabgabe ist selbstverständlich geheim; das unsittliche preukische System der öffentlichen Stimmabgabe gibt es in Dänemark überhaupt nicht.

Das Frauenwahlrecht in den Kommunen.

Die nationale Föderation der sozialistischen Frauen Belgiens wendet sich in einem Aufruf an die sozialistischen Vertreter in den Gemeinden. Sie fordert dieselben auf, das Wahlrecht der Frauen zu den Gemeindevertretungen zu propagieren. Der Aufruf erinnert daran, daß entsprechend den Beschlüssen der Internationalen Konferenz zu Stuttgart und des vorjährigen Kongresses der belgischen Sozialdemokratie das Wahlrecht für alle Frauen vom 21. Jahre an ohne jede weitere Einschränkung gefordert werden muß. Es wird das besonders betont, weil eine bürgerliche Frauenvereinigung das kommunale Wahlrecht zu denselben Bedingungen fordert, als es heute die Männer haben, und das ist den sozialistischen Frauen, der sozialistischen Partei überhaupt selbstverständlich nicht weitgehend genug.

Veranstaltungen — Versammlungen.

Treptow-Baumhauenerweg. Mittwoch, den 25. d. Mts., 8 1/2 Uhr, bei Christl. Marienhäuser Straße, Ede Ernststraße: Vortrag, Herr Sewelkow: „Die Bedeutung der Frau im Wirtschaftsleben.“

Röpenitz. Mittwoch, den 25. März, 8 Uhr, bei Joh. Schönerlinder Straße 1: Vortrag.

Wilhelmsruh. Mittwoch, den 25. März, 6 1/2 Uhr, bei Barth.

Gerichts-Zeitung.

Aus einem Warenhaus.

Der Besitzer eines der größten Warenhäuser in Essen, der 51jährige Kaufmann Moriz Nathan, verheiratet und Vater erwachsener Kinder, stand am Sonnabend in Essen unter der Anklage, in sechs Fällen der tätlichen Verleumdung junger Mädchen, begangen in den Jahren 1906—1907, sich schuldig gemacht sowie in zwei Fällen einen wissenschaftlichen Meineid geleistet zu haben. Die Verleumdungen des Nathan kamen dadurch zur Kenntnis der Behörde, daß eine Verkäuferin des Nathanschen Warenhauses, die angeklagt war, Waren aus dem Geschäft entnommen zu haben und deshalb wegen Unterschlagung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde, in der Schöffengerichtsverhandlung auslegte, daß Nathan ihr wie anderen Lehrlinginnen und Verkäuferinnen erlaubt habe, ruhig Waren, die sie nötig hätten, abends mit nach Hause zu nehmen. Nathan bestritt dieses unter seinem Eide in der Schöffengerichtsverhandlung am 16. August 1907 und vor der zweiten Strafkammer am 4. Juni 1907. Das hatte die Anklage wegen wissenschaftlichen Meineids zur Folge. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß N. in einer Reihe von Jahren eine Anzahl seiner weiblichen Angestellten — von denen mehrere noch nicht 16 Jahre alt waren — in sein Privatkontor kommen ließ und dort mit ihnen, unter Mißbrauch seiner Autorität, fortgesetzt, oft mit, oft ohne Erfolg unsittliche Handlungen vorgenommen hat.

Da die geschlichen Vertreter der jungen beleidigten Mädchen die Strafverfolgung zurückzogen, mißte wegen dieser Punkte das Verfahren eingestellt bleiben. Es blieben die zwei Meineidsfälle übrig.

Die Verhandlung zu der über 60 Zeugen und auch der Direktor der Grafenberger Frauenanstalt, sowie zwei andere medizinische Sachverständige geladen waren, fand unter vollständiger Ausschließung der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte, der längere

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
Die unerreichten Attraktionen.
Paul Spadoni, in sein. Reuehen.
Josef Rodl, Wien's popul. Humor.
The black Diamonds.
Die vier Athleten
(Gymnast. Spiele).
Dazu: **Mitlaw der Moderne**
mit Ma Werber a. G.
Letzte Woche! Letzte Woche!

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das große März-Programm.
Die heiligen Chinesen
in ihren Gaukler- und Hauserspielen.
Koka — der Mann mit dem drehbaren Kopf — und die übrigen internationalen Künstler.
Tunnel: Bockbierfest, Reg. Kapelle, Sänger, Italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Billigste Bezugsquelle Groß-Berlins

Zigaretten
in jeder Preislage
direkt an Private
zu Engros-Preisen,
Zigaretten f. alle bekannten
Marken zu Engros-Preisen.
Alfred Boddien,
Berlin W. — Schöneberg,
Akazienstr. 11, I Treppe.
Hamburger u. Bremer Fabriklager.

500 jeder. Stirn- u. Ledentuffs 1.—
an, Spitze a. Nord. 3.— an, Unterl.
m. Deck. 3.— an. 5. Kauf Anstel-
tung 3. Selbstl. u. Probekur gratis.



Damen, welche ausgetanzt. Quar auf-
betragen haben, sparen viel Geld, w. sie
sich das. zur Verschönerg. sow. Erhaltg.
d. eigenen Haare einen Kopf a. Nord. v.
1.— an, mod. Kod. v. 50 Pf. an, Quar-
unterl. m. Deck. v. 2.— an, an. lassen.
Kopfsch. m. neuest. Trockenapp. 1.—
Fran Vols u. Tochter, Preisverwinnen,
Greifswalderstr. 30.



Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung Bekker
elegante fertige 1932/3
Herren-Garderoben
Wring für Waas.
Anfertigung auch Maass.
Tasche Kautabak.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Straubener Weg.

Die billigsten
1, 2 und 3 Stuben-Wohnungen
mit Bad, Balkon und Zubehör
Nähe Bahnhof
Schönhauser Allee
Halmör Straße 20 und
Veckermünder Straße 4.



Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige Herren-Moden
Massanfertigung, feinste Verarbeitung.
Grosses Stofflager.
Renklasse Schneider-Werkstatt
im Hause.
Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
Kala Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
Rosenthalerstrasse 40-41, I
(Hackescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke I, I
Bahnhof Jannowitz-
brücke.

Gebr. Herrnfeld-Theater

Anfang 8 Uhr. Vorverf. 11—21 Uhr.
Nur noch diese Woche!!
Salomonisches Urteil.
Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld in
den Hauptrollen.
Sonntag, den 28. März:
Herrnfeld-Cyklus
I. Serie:
Hausierer Jockels. Endlich allein!
Original Klavrias-Partie.
Billetts hierfür schon heute.
Sonntag 8 Uhr:
Gö Iebe das Nachleben.

Palast-Theater

Burgstr. 24. Vbf. Vörje.
Ringkampf!!!
Preis: **10000 M.**
Pohl-Abd II. Deutschland, gegen
Pugatschoff, Russland.
Entscheidung:
Ritzler, Bärtemberg, gegen Ogil,
Lurkstein.
Ferner:
Strenge, Berlin, gegen Raykowitz,
Serbien.
Ma. Josef Stuba, gegen Rosoff,
Russland.
Beginn der Kämpfe 7, 9 Uhr.

Büggenhagen

Moritzplatz
im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Entree 50 Pf. Familienbil. a 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich
die allerersten **Militär-
Kapellen**: Seider, Bräunwald,
Böring, Reumann, Offener,
Vittich.

Happoldt's

Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.



Gustav Behrens-Theater.
Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgekrönte Ringerinnen.
Neu! Richter als Walzerkönig.
Softe in 1 Mt.
16 Spezialitäten. Dufkes Vitograph.
Anfang 8 Uhr Sonntags 6 1/2 Uhr.

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1532L*
Amt 4, 3014.

Wirklich viel Geld und Raum sparen Sie
bei Anschaffung von
nauliers vorstellbar. Schlafmöbeln.
Bettschle von 25.— M. an.
Bettschle, ein- und zweischläfrig, mit
und ohne Bettbehälter.
Chaiselongue mit und ohne Bett-
behälter.
Chaiselongue „Sorgenlos“. Mit gr.
Bettbehälter. Auch zweischläfrig.
Chr. Hauffler, Patent-Möbel-Fabrik, Schönhauser Allee 182 (am Tor).

Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne Möbel zu **äußerst billigen**
Preisen. — Kulante Zahlungsbedingungen.
Bis 31. März cr.: **Ausnahmepreise.**
Bei Arbeitslosigkeit größtes Entgegenkommen.
Möbel- und Ausstattungsmagazin
W. L. Adomeit, Alexander-
Straße 28.

H. Pfau
Jetzt: Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Polizei-Präsidium. — Amt VII, 18799.
Weich **Bequem**
Bruchbänder und Bandagen, Gerade-
halter, Leibbinder, orthopädische Apparate
für Kinder, Korsetts u. alle Mittel
zur Krankenpflege. Für Damen weib-
liche Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Streng reell!!
**Spezial-
Möbel-Halle**
Harry Goldschmidt
59 Moritzplatz 59
Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit
Abzahlungs-Geschäften,
welche Garderobe usw.
führen.
Extra-Abteilung
verliehen gewesener Möbel
Wöchentliche od. monatl.
Teilzahlung gestattet.

Preise billig!
Legehühner,
junge, beste Leger, 2,50 R., seiffende
Brustputen, Brutzeit hochedelst. Kassen
empf. unt. Garantie f. Reil. Wegner,
Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Lieferant des
**Berliner
Konsum-
Vereins**
Frankfurter Allee 165
an der Mainzerstraße
**Sämtliche Manu-
faktur-Waren
Kleider-Stoffe
Gardinen etc. etc.**
Verkaufsstelle
S. Eisenstädt.
Verlangen Sie Konsum-Marken!

Möbel auch auf Teilzahlung
ganze Einrichtungen wie auch Einzel-
möbel in jeder Preislage. Enorme
Auswahl. Besichtigung erbeten. Eigene
Tischler- und Tapezierer-Werkstätten.
A. Schatz sen.
Brunnenstr. 160, Eingang Anklamer Straße.

Paul Litfin's Restaurant u. Festsäle
Remeler Straße 67. Fernspr. Amt VII. 1675.
Saal mit Bühne 500 Personen, Tunnel mit Parkettboden
100—150 Personen fassend, große und kleine Vereinszimmer
mit Piano auch Sonntags zu vergeben.
— 1. Osterfeiertag 1908 frei geworden. —

Neue Freie Volksbühne
Die Kunst dem Volke.
Donnerstag, 26. März, abends 8 Uhr, in den Musikersälen,
Kaiser-Wilhelm-Straße 18 m:
Kammermusik-Abend
der königl. Kammermusiker Hans Diestel, August Söndlin, Leo Halir.
Mitwirkung: Rose Johanni (Gesang).
Billetts inkl. Programm 40 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.
Extra-Vorstellungen im Hebbel-Theater.
Sonntag, den 29. März und 5. April, nachm. 3 Uhr, im neu-
erbauten **Hebbel-Theater**, Königgrätzer Straße 57/58:
Frau Warrens Gewerbe.
Schauspiel in 4 Akten von Bernhard Shaw.
Billetts für Mitglieder a 1,10 M., für Gäste a 1,35 M., (inklusive
Garderobe und Zettel) sind in allen Zahlstellen sowie in der Geschäfts-
stelle NW., Bremer Straße 54/55, zu haben. 150/3
Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neff.

Haushoch

Leberglanz-Farbe
Nigrin
Bild ohne Ränder
eleganter Spiegelglanz
springen Sie vor Freude über
den schönen Glanz Ihrer Schuhe,
wenn Sie mit **Nigrin** wischen.
Vertreter: Andr. Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11. Fernsprecheramt IV, 6256.

Wohnungs-Einrichtung
auf
Teil-
zahlung
bei Anzahlung von
M. 20 an
Einzelne Möbel
bei Anzahlung von M. 5 an
liefert
D. Ornstein
Weissenburger Straße 1
neben der Brauerei Königstadt.
Möbel-Spezial-Geschäft.

Nur einmal jährlich!
Inventur-Extrapreise
Gardinen

abgepaßte Fenster,
weiß und creme
Schallänge pro M. 285
2,75 Mtr. Fstr. M. 435
Schallänge pro M. 585
3,20 Mtr. Fstr. M. 175
Eleg. Sezessions-
Tüll-Stores
Gestickte echte
Spachtel-Stores M. 785
Goldfarb. reich-
gestickte
Band-Stores M. 385
Tüllbett-Gr. 150/200
decken cm M. 235
Reichgest. Erbs-
tüllbetdecken M. 625
Elegante Tüll-
Bettrückwände M. 585
Brise, Bisse (Scheibenschleier)
Stück 0,22 Pf. (Wert 0,50 Pf.)

Gardinen-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
NUR Oranienstr. 158
Unter-
halte nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme

Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote
gratis und franko.

Billigste Bezugsquelle
von Blüchjesofas, Bettstellen mit
Matratzen, Kleiderbüchsen, Ber-
tinos, Spiegeln, farb. Kissen
sowie ganzen Wohnungs-Ein-
richtungen in nur reeller Aus-
führung. Auch Teilzahlung. Lange
jährige Garantie. Genossen erbalt. 87/
Neumann, Tapes., Oranienstr. 202.

Achtung!
Borneo zweite Länge
Vollblatt
mit 1 1/2 Pfd. deckend, p. Pfd. 4.—.
Hamburger Rohthabak-Haus
Filiale:
Berlin N., Brunnenstraße 190.
297/1

F. J. Emil Schmidt,
Restaurant,
Lindensir. 3, 2. Hof part.
Sonntags nachm. von 5 Uhr:
**Gemüthlicher
Familien-Knatsch**
Räume z. Berl. 30—120 Berl.
Sahlh. d. Metallarb.-Verb. Zahlabend.

Ich liefere
auf Credit
an Jedermann
Möbel
Polsterwaren
Compl. Wohnungs-
und
Kücheneinrichtungen
Betten, Steppdecken
Teppiche
Gardinen, Portiären
Bilder, Uhren
Gas- und Petroleum-
Kronen
Sport- und Kinderwagen
ev.
ohne Anzahlung
bei
kleinster Abzahlung
Möbel- u. Waren-Credit-Haus
S. DORN
Alte Schönhauserstr. 3
am Tor.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Für die Parteigenossen der 4. Gruppe findet am Mittwoch, den 25. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Schulz...

Treptow-Baumfuhlenweg. Die Parteigenossen werden ersucht, die heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant zur Rembahn und im Restaurant Krause stattfindenden Versammlungen zahlreich zu besuchen...

Johannisthal. Donnerstag, 26. März, abends 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Albert Gobin, Aoonstraße 2. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Nieder-Schöneweide. Am heutigen Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Jul. Fischer, Berlinerstr. 92, statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Ober-Schöneweide. Am Mittwochabend findet von den bekannten Bezirkskollegen aus eine Handzettelverbreitung für die Konsumgenossenschaft statt. Die Genossen werden ersucht, vollzählig daran teilzunehmen.

Röpenitz. Heute abend 8 Uhr: Versammlung des Wahlvereins im Lokale des Herrn Scheer („Wilhelmsgarten“). Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Nieder-Schönhausen und Detzeil Wilhelmsdamm. Am Mittwoch, den 25. d. M., abends pünktlich 1/8 Uhr: Flugblattverbreitung. Genossen! Die Verbreitung muß gewissenhaft vor sich gehen, es ist deshalb Pflicht eines jeden, sich im Bezirkslokale pünktlich einzufinden.

Wahlverein Eichwalde und Umgegend. Am Mittwoch, den 25. März, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins im Lokale „Seglerschloß“ in Hankels 25. Tage statt. Tagesordnung: Vorlesung; Wahl eines ersten Vorsitzenden; Vereinsangelegenheiten. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktliches und vollzähliges Erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Majestät Lenz!

Er ist da! In diesem Sonntage zeigte er sich zum erstenmal offiziell. Zwar konnte man ihn „inognito“ in letzter Zeit öfter erblicken, und ein geheimnisvolles Schaffen und Wollen in Flur und Gait ließ keinen Zweifel an seiner Anwesenheit auskommen. Aber am Sonntagmorgen hielt der junge, blühend und warm spendende König auf strahlendem Sonnentagen seinen feierlichen Einzug, und Tausende und Abertausende waren ihm in transternem Freudenrausch entgegengezogen, um ihn aufs herzlichste willkommen zu heißen. Einfach und bescheiden, wie man einmal wirklich große und vornehme Männer sind, hatte er auf jeden äußeren Glitter und Pomp verzichtet und seinen Sitz unter knospenden Bäumen und Sträuchern auf der junggrünenden Erde aufgeschlagen. Und aus den Toren der Stadt wälzten sich schon in frühen Morgenstunden ungezählte Menschenmengen mit lachenden, erwartungsvollen Gesichtern und Blumensträußen in den Händen, um seiner Majestät Lenz ihre begeisterte, tiefempfundene Huldigung darzubringen. Niemand hatte sie beauftragt, keiner ihnen einen allzu deutlichen Wink gegeben, nein, aus eigenem Antriebe, nur der Wallung ihres Herzens folgend, pilgerten sie hinaus, dem großen Ereignis entgegen. Und auch wir schlugen die schweren Augenlider früher als gewöhnlich auf und rieben uns verwundert und schlaftrunken die Augen. Seine Majestät der Lenz hatten allerdings gerührt, uns seinen Leibfänger zu senden, der uns die Ankunft seines Gebieters verkünden mußte. Und er setzte sich auf den höchsten Baumzweig vor unserem Fenster, der schwarze Dursche mit dem gelben Schnabel, und schmetterte in tiefen, vollen Tönen die frohe Botschaft in den sonnenklaren Morgen hinaus. Und wir, wir starrköpfigen, gott- und vaterlandlosen Geistes, die wir uns von allen Fürstentümern mit seltener Hartnäckigkeit fernzuhalten pflegen, konnten nicht umhin, diesmal dem allerhöchsten Wunsch Folge zu leisten.

Am Nachmittag wusch der Strom der Ausflüger ins Ungemeinere. Wie dunkle endlose Menschenmengen wälzten sich an beiden Seiten der Linden und Friedrichstraße die Menschen hin. Automobile tüteten unaufhörlich, Radfahrer und auch schmutzige Radel-Rädel flogen blühend schnell hindurch und die Elektrischen waren zum Brechen gefüllt. Vor den Zelten promenierte die jungen Mädchen in beängstigendem Gedränge und lauschten den schmetternden Klängen der Kapellen, die wohl zum ersten Male in diesem Jahre konzertierten. Auf den Spielplätzen aber tummelten sich Kinder und spielten mit Sand. Spielten, gruben, hockten, mit glänzenden Augen, mit rotglühenden Wangen in weltvergessener Unschuld.

Vorbei ist der trübe Winter, der dumpfe Mann ist gesprengt, die Sonne läßt die Wälder wach und sprengt die Knospen. Und nach dem süßen, weltabgeschiedenen Flecken Erde im Friedrichshain, wo Gelben schlummern, junge und alte, Kinder und Greise, zog es Laufende von Menschen, die in stiller Wehmut und tief ergriffen den braven Schlafenden einen stummen Gruß überbrachten. Im zweiten Umkreis aber bligten hinter den Bäumen und Büschen Gespinnst und allenthalben begegnete man waffenstarrten Ordnungs-männern. Wir lächeln mitleidig. Sie müssen es ohnmächtig mit ansehen, die Verurteilten, wie auf den Gräbern die junge Märzsaat tausendfältig spricht, wie die Sonne die Hügel in ihren purpurnen Mantel hält, und sie müssen es geduldig anhören, daß oben in den Zweigen viele kleine Revolutionäre verkünden: den Frühling — den Völkerrückgang.

Neue Postämter in Groß-Berlin. Zwei neue Postämter werden am 1. April in Groß-Berlin eröffnet. In diesem Tage wird die Postagentur in Reinickendorf-Schönholz aufgehoben. Gleichzeitig wird in Reinickendorf (Ost) in der Praxingstr. 57 eine neue Postanstalt eröffnet. Sie erhält die Bezeichnung „Reinickendorf (Ost) 2“ und bildet eine Zweigstelle des Postamts in Reinickendorf (Ost) in der Residenzstr. 43/44. Dieses letztere Postamt erhält am 1. April die Bezeichnung „Reinickendorf (Ost) 1“. Das neue Postamt „Reinickendorf (Ost) 2“ erhält Telegraphenbetrieb und öffentliche Fernsprecheinrichtungen. Es können dort Postsendungen jeder Art und Telegramme eingeliefert sowie postlagernde gewöhnliche Briefsendungen abgeholt werden. Für den Verkehr mit dem Publikum ist das neue Postamt an Werktagen im Sommer von 7 bis 12 Uhr vormittags und von 3 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet. Im Winterhalbjahr beginnt der Dienst um 8 Uhr. An Sonn- und Feiertagen sowie am Geburtstage des Kaisers bleibt das Postamt geschlossen. Ein Postamt wird ferner in Vorjohanna bei Berlin eröffnet. Am 1. April wird dort die Postagentur in ein Postamt 3. Klasse umgewandelt.

Die letzte Verkehrsählung hat ergeben, daß der Fuhrwerksverkehr in der Kaiser-Wilhelm-Straße größer ist als der in der Königsstraße und sogar zeitweise dem in der Leipziger Straße bei

weitem übersteigt. Da noch Fertigstellung der beiden Gabelungen nach dem Prenzlauer und Schönhauser Tor eine ganz erhebliche Steigerung dieses Verkehrs in der Kaiser-Wilhelm-Straße zu erwarten ist, dürfte diese Straße und die Straße Unter den Linden zu den verkehrsreichsten von Berlin zählen. Wäre die Kaiser-Wilhelm-Straße f. Z. nicht hergestellt worden, würden die Zustände in der Königsstraße geradezu unhaltbar sein.

Früchte der Prügelpädagogik.

Wieder einmal hat dieser Tage ein Gericht zu urteilen gehabt über eine Mutter, die einer Lehrerin Vorkhaltungen machen wollte, weil sie ein Kind übermäßig geprügelt habe. Zwei Mädchen einer Familie Jung besuchten die katholische 184. Gemeindeschule (in der Gräsestraße), die vom Rektor Tambor geleitet wird. Beide schwänzten ohne Wissen der Eltern den Unterricht. Sie zeigten dann in der Schule Versäumniszettel vor, die von dem älteren Mädchen selber geschrieben worden waren. Die Lehrerin des jüngeren Mädchens, ein Fräulein Weber, merkte den Täuschungsversuch und prügelte das achtjährige Kind mit dem Rohrstock. Fräulein Weber ließ sich sodann die ältere zwölfjährige Schwester aus einem anderen Klassenzimmer herausziehen und hieb auch auf diese mit dem Rohrstock ein. Bald darauf mußte diese Schülerin nach Hause geschickt werden, weil der Arm blutete. An dem Mädchen war fünf Wochen vorher eine Wiederimpfung mit Erfolg ausgeführt worden, da mögen die vielleicht noch nicht ganz verheilten Wunden unter der Einwirkung des Rohrstockes wieder aufgebrochen sein. Diese Vermutung wurde vor Gericht unterstellt durch einen Arzt, der das Kind untersucht hatte. Fräulein Weber dagegen stellte die unbewiesene Behauptung auf, daß das Mädchen absichtlich die Pöken aufgelaugt habe, um die Lehrerin hineinzulegen. Auf die Anklagebank war nicht Fräulein Weber gekommen, sondern die Mutter der beiden Kinder. Frau Jung hatte nämlich nach jener Prügelerregung, deren Folgen sie sehr erregten, sich nach dem Schulhause begeben, um um sich über die Lehrerin zu beklagen, und hierbei soll es dann zu einem heftigen Auftritt gekommen sein, der der Mutter eine Anklage wegen Beleidigung und Körperverletzung eintrug. Fräulein Weber beschwor, daß Frau Jung während auf sie zugehört sei, sie laut beschimpft habe und ihre so kräftige Badpfeife gegeben habe, daß das Fräulein gleich an die Wand flog. Die Angeklagte versicherte, sie habe überhaupt nicht geschlagen, wohl aber habe Fräulein Weber sie ein freches Weibstüd geschimpft. Das Schöffengericht verurteilte Frau Jung zu vierzehn Tagen Haft. Hiergegen wurde von ihr und auch vom Staatsanwalt Berufung eingelegt. Vor der Strafkammer beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis, das Gericht verurteilte die Angeklagte jetzt zu einem Monat Gefängnis.

Das Gericht hat nach den Aussagen der Lehrerin Weber und des Rektors Tambor als erwiesen angesehen, daß die Lehrerin ihr Zuchtungsrecht nicht überschritten habe. Dem gegenüber wollen wir feststellen, daß die Schuldeputation im vorigen Jahr den prügeln den Lehrpersonen ein Merkblatt gewidmet hat, das sie belehrt, Mädchen seien am besten überhaupt nicht zu prügeln. Sodann muß die Frage aufgeworfen werden, ob der Oberarm zu denjenigen Körperteilen gehört, die dem Rohrstock der prügeln den Pädagogen freigegeben sind. Fräulein Weber hat vor Gericht sich damit entschuldigt, daß sie den Oberarm nur aus Versehen getroffen habe. Dann wird zu erwägen sein, ob sie nicht wenigstens wegen fahrlässiger Körperverletzung belangt werden kann. Wer ein Schiessgewehr ungeschickt handhabt und dabei einen Menschen verletzt, wird bestraft. Soll straflos bleiben, wer mit dem Rohrstock auf ein Kind einhaut und dabei aus Versehen den Oberarm blutig schlägt? Soll nur das Kind die Folgen solcher Fahrlässigkeit zu spüren kriegen und die fahrlässige prügeln den Lehrperson unbedenklich bleiben? Eltern sind selten geneigt, eine prügeln den Lehrperson anzuzeigen. Dagegen wird von der Schule keine Gnade geübt, wenn mal eine Arbeiterfrau in berechtigter Erregung nicht etwa gleich Badpfeifen austeilt, sondern nur eine etwas zu kräftige Sprache mit einem Lehrer oder einer Lehrerin redet. Gerade Fräulein Weber hat einmal eine Mutter, deren Kind sie wegen einer geringen Ungehörigkeit ausgiebig geprügelt hatte, sehr dringend gebeten, die Angelegenheit friedlich zu erledigen und als beigelegt zu betrachten. Diese Mutter hat das getan. Hätte sie es nicht getan, sondern die Sache weiter verfolgt, so wäre vielleicht Fräulein Weber zu der Erkenntnis gelangt, daß es ratsam ist, künftig weniger kräftig zuzuhauen. Und es wäre später einer anderen Mutter erspart geblieben, das immer noch prügeln den Fräulein Weber zur Rechenschaft ziehen zu müssen und dadurch sich selber ins Gefängnis zu bringen. Frau Jung wird jetzt aus dem Kreise ihrer Familie herausgerissen. Die Lehrerin, die zu diesem traurigen Ausgang den ersten Anlaß gegeben hat, hat wahrlich nicht dazu beigetragen, die Beziehungen zwischen Schule und Familie freundschaftlicher zu gestalten und die Achtung der Familie vor der Schule zu steigern.

Der Lehrer Faubel vom Sophien-Realgymnasium, dem ein Verurteilten an dem Selbstmord des Schülers Matthias zum Vorwurf gemacht wird und dessen Verurteilung an eine andere Schule deshalb angeordnet wurde, ist vorläufig vom Dienste dispensiert. Er wird den Unterricht im Sophien-Realgymnasium nicht wieder aufnehmen. Hoffentlich bleiben auch andere Schulen von diesem Pädagogen verschont.

Besuchsordnung der königlichen Museen für das Sommerhalbjahr. Sonntags sind vom 1. April ab alle königlichen Museen (das Alte, Neue, Pergamon, Kaiser-Friedrich- und Kunstgewerbemuseum, die Nationalgalerie, das Museum für Völkerkunde und die Sammlung für deutsche Volkskunde) von 12 bis 6 Uhr geöffnet. An den Wochentagen — mit Ausnahme der Montage — sind das Alte, Neue, Pergamon- und Kunstgewerbemuseum, das Museum für Völkerkunde sowie die Sammlung für deutsche Volkskunde von 10 bis 4 Uhr offen. Das Kaiser-Friedrich-Museum und die Nationalgalerie werden an allen Wochentagen offengehalten und zwar das Kaiser-Friedrich-Museum Montags, die Nationalgalerie Donnerstags von 1 bis 6 Uhr, beide Museen sonst von 10 bis 6 Uhr. Am Karfreitag, ersten Osterfeiertag, Himmelfahrtstag und ersten Pfingstfeiertag sind die Museen geschlossen, am zweiten Oster- und zweiten Pfingstfeiertag wie Sonntags geöffnet. Der Besuch der königlichen Museen ist im allgemeinen unentgeltlich, nur im Kaiser-Friedrich-Museum wird Montags 1 Mk., Dienstags und Mittwochs 50 Pf., in der Nationalgalerie Donnerstags 1 Mk., Freitags und Sonnabends 50 Pf. Eintrittsgeld erhoben.

Ein Raubmordversuch spielte sich Sonntagnachmittag in der Straßauer Straße 44 ab. Dort wurde der 50jährige Möbelhändler Sigismund Bernstein von einem noch nicht ermittelten Mann durch drei schwere Schläge auf den Kopf lebensgefährlich verletzt und anscheinend auch beraubt.

Bernstein ist Junggeselle und hat in der ersten Etage des bezeichneten Hauses mehrere Zimmer inne, die seinen Geschäftszwecken dienen. Mit seinen hier lebenden Verwandten hatte er

nur wenig Fühlung. Dagegen versicherte er viel mit einem Warenhändler Hildeheimer aus der Magdalenenstraße. Mit diesem hatte er zu Sonntagnachmittag 2 Uhr eine kleine Partie verabredet. Als er sich zum Weggehen anschickte, fand sich ein fremder Mann bei ihm ein, der angeblich ein Kaufgeschäft mit ihm abschließen wollte. Bernstein ging deshalb in den im selben Hause befindlichen Zigarrenladen von Sperling und ersuchte dort die Frau, seinem Freunde zu telephonieren, daß er sich noch kurze Zeit gebulden möge, da er selbst eine kleine geschäftliche Sache zu erledigen habe. Als Frau Sperling den Auftrag erledigt hatte und nach etwa acht Minuten die Wohnung Bernsteins betrat, fand sie diesen in seinem Kontor blutbedeckt vor. Als sie auf ihre Frage: Was haben Sie denn gemacht? keine deutliche Antwort mehr bekam, holte sie Hilfe. Von der benachrichtigten Kriminalpolizei erschien alsbald die Nordkommission unter Führung des Oberregierungsrats Hoppe. Die Untersuchung ergab, daß Bernstein, an seinem Schreibtische sitzend, zwei Schläge auf den Hinterkopf und einen an die Stirn erhalten hatte und zwar in dem Augenblicke, als er auf einer Geschäftskarte Notizen machen wollte. Der Getroffene ist dann noch nach der Stiche geistig, wo große Blutlachen vorgefunden wurden. In bewußlosen Zustande mußte er dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden. Als Täter kommt ein gutgekleideter Mann mit Zylinderhut in Frage. Für die Ermittlung dieses Mannes sind 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Ueber eine Familientragödie wird gemeldet: Gestern früh schloß der Arbeiter Gustav Teichert aus der Reichenbergerstr. 153 auf seine Frau und richtete dann die Waffe auf sich selbst. Der Mann war sofort tot, die Frau wurde schwerverwundet nach der Unfallstation gebracht. Der Grund zu der Tat wird in einem Zwist gesehen, der zwischen dem Eheleuten infolge der längeren Arbeitslosigkeit des Mannes entstand. Die Frau sah ruhig an der Maschine, als das Attentat erfolgte; sie hat zwei Schüsse durch den Kopf erhalten und wird wohl schwerlich davonkommen. Das Ehepaar besitzt drei Kinder im schulpflichtigen Alter.

Selbstmord eines Arztes. In einem Hotel in der Eichendorffstraße hat sich in der Nacht zum vorgestrigen Sonntag der praktische Arzt Dr. Gutmann aus der Blumenstraße mit Morphium das Leben genommen. Der Lebensmüde, der eine außerordentlich umfangreiche Praxis hatte, lebte in der letzten Zeit in dem Wahn, er werde irrsinnig, da er an einem Gemütsleiden zu tragen hatte. Er wollte aber lieber sterben. Da am Sonnabend durch die Verlegung seiner Wohnung ihm keine Gelegenheit geboten wurde, sich das Leben zu nehmen, so suchte er ein Hotel in der Eichendorffstraße auf, in dem er den Selbstmord ausführte. Er vergiftete sich mit Morphium und wurde in das Krankenhaus Roabit eingeliefert, wo er bald nach seiner Ankunft den Wirkungen des Giftes erlag.

Vom Straßenbahnwagen abgestürzt. Ein schwerer Unfall im Straßenbahnbetriebe hat sich am Sonnabend spät abends auf dem Wedding zugetragen. Der 19 Jahre alte Schlosser Hermann Wrebel aus der Bankstr. 12 verjuchte während der Fahrt auf einen Straßenbahnwagen der Linie 34 aufzuspringen. Er kam dabei zu Fall und wurde ein Stück mitgeschleift. Der Unverletzte erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Virchow-Krankenhaus übergeführt.

Als Todesursache in der Sache des in der Ritterstr. 116 tot aufgefundenen Schuhmachers Hermann Tombronsky ist Selbstmord festgestellt worden.

Ueber den Todschlag eines Kindes wird berichtet: Die ledige Arbeiterin Emma Schullowsky, im Erdgeschoss des Hauses Grüner Weg 65 als Aftermietlerin wohnhaft, unterließ seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis mit dem am 10. Juni 1885 zu Berlin geborenen, zurzeit wohnungslosen Arbeiter Alfred Dittmar. Aus diesem Verhältnis war ein am 20. Februar d. J. geborener Knabe Alfred hervorgegangen. Dittmar war in der letzten Zeit fast ununterbrochen bei seiner Frau. Gestern hatte sich das Mädchen bereits früh zu Bett begeben. Als das Kind fortgesetzt schrie und sich durchaus nicht beruhigen wollte, sprang Dittmar gegen 9 Uhr abends plötzlich auf, riß das Kind aus seinem Bett und schleubte es, nachdem er es hoch in die Luft gehoben hatte, mit aller Gewalt gegen den Fußboden, so daß es sofort tot liegen blieb. Während der Nacht verabredete der rohe Patron mit seiner Geliebten, daß sie dem Arzte sagen wollten, daß das Kind an den Folgen eines Stohes gestorben sei. Später schlug der Mutter das Gewissen und sie teilte dem Witzhändler W. das Angelegene mit. Dittmar wurde festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt. Die Leiche des Kindes ist beschlagnahmt und dem Schauhause überwiesen worden.

Der Raubmord an der 77jährigen Witwe Marie Kiebold im Hause Linienstr. 190b, der als viertes der Kapitalverbrechen innerhalb der ersten drei Wochen des neuen Jahres am 18. Januar sich abgespielt hat, wird voraussichtlich schon in der Montagung das Schwurgericht am Landgericht Berlin I beschließen. Die Voruntersuchung gegen den Galvaniseur Ritsche aus Charlottenburg und die 43jährige Döhl wegen Mordes beziehungsweise Hehlerei und Beihilfe steht jetzt unmittelbar vor dem Abschluß und die Anklage wird demnächst erhoben werden. Die Döhl soll die Geliebte des verstorbenen Ehemannes der Ermordeten gewesen sein und mit dem Galvaniseur Ritsche in Verbindung gestanden haben. Sie ist dadurch, daß bei ihr Sachen, die der Ermordeten gehört haben, gefunden wurden, in den schweren Verdacht geraten, an dem Verbrechen beteiligt zu sein. Sie sowohl als auch Ritsche haben bisher jede Schuld bestritten.

Durch Ueberfahren getötet wurde Montag nachmittag der fünfjährige Sohn des Käfers Wormes durch das Fuhrwerk des Journeuhändlers Jüngling aus der Blumenstraße. Der Kleine wollte sich vor einem ihn anspringenden Hund retten, dabei geriet er unter das Fuhrwerk.

Theater an der Spree. In der Stelle, an der nach der Absicht der bisherigen Direktion die alte Berliner Fosse wieder aufleben sollte, scheint jetzt ohne jedes Programm gewirksam zu werden. Der Beweis hierfür ist erbracht worden durch zwei Stücke, die in voriger Woche kurz hintereinander aufgeführt wurden. Das erste betitelt sich: „Spiritalisten“ und hatte den zukünftigen Leiter der gelben Volksbühne, Herr Rudolf Debius, zum Verfasser. Es lohnt sich nicht, über den Schmarren etwas zu sagen; er war unter aller Kritik. Am Sonnabend gelangte Oden Langes Schauspiel: „Ein Verbrecher“ zur Aufführung, eine Arbeit im Stile eines schlechten Kolportageromans, wie wie sie ihrem weltfremden Inhalte nach schon auf einigen Vorabendbühnen gesehen haben. Ein in Waderhänden befindlicher Buchhalter kann sich nicht anders retten, als daß er schließlich den alten Wader, der ihm, unter Einfluß seines Schwagers stehend, aus besonderen Gründen die weitere Prolongierung eines Wechfels verweigert, totschlägt. Gespielt wurde immerhin ganz annehmbar.

Die Brandstiftungen in Berlin und den Vororten werden immer zahlreicher. Bis jetzt sind schon mehr als 100 festgesetzt, ohne daß es gelingen will, dem gemeingefährlichen Treiben der Brandstifter Einhalt zu bieten. Am Sonntag sind wieder mehrere Brandstiftungsfälle vorgekommen. Unter anderem am Freitag eine in der Kopenhagenerstr. 9, wo in den Bodenverklüften der Fußboden und die Balkenlage brannten. Der Brand konnte auf den Boden beschränkt werden. Weit bedeutender war die zweite Brandstiftung. Früh um 7 Uhr stand in der Georgenkirchstr. 27a an der Diekmann

strahe der Dachstuhl des mächtigen Gebäudes in großer Ausdehnung in Flammen. Die erste Kompanie war unter Leitung des Brandinspektors Behold mit mehreren Bögen zur Stelle. Ueber die schon verquälnten Treppen und eine große mechanische Leiter wurde mit vier Schlauchleitungen von Dampfstrahlen angegriffen. Stundenlang hatte die Feuerwehr zu tun, um des Feuers, das besonders an dem Hausrat der Mieter reiche Nahrung gefunden hatte, Herr zu werden. Der Schaden ist ganz erheblich, weil nicht verhindert werden konnte, daß die oberen Stockwerke durch Wasser beschädigt wurden. Die dritte Brandstiftung kam abends um 7 Uhr zur Meldung, diesmal aus dem äusseren Osten, aus der Vogelhagenstr. 29. Auch hier brannten Bodenverschläge mit Inhalt. Es gelang der Feuerwehr, die Flammen an weiterer Ausdehnung zu verhindern. Während in diesem und dem ersten Falle es möglich war, die Brandstiftungen festzustellen, war dies in der Georgenkirchstr. 37a bei der großen Ausdehnung nicht mehr möglich. Der Brand muß dort schon vorher längere Zeit unbemerkt gewütet haben oder gleich an vielen Stellen angelegt sein.

Am Montagvormittag wurden sechs solcher Brände gemeldet, die auf Brandstiftung zurückgeführt werden. Es brannte um 10 Uhr in der Oranienstr. 68, wo auf dem Dachboden alter Hausrat in Brand gefickt worden war. Gleich darauf brannten Lumpen und anderes auf dem Boden Stallschreiberstraße 57. Der dritte Brand wurde aus der Alten Jakobstraße 40/41 gemeldet. Dort hatte der 17. Zug längere Zeit mit größter Anstrengung zu tun, um die Flammen zu löschen. Gleichzeitig hatte die Feuerwehr einige Häuser weiter, Alte Jakobstraße 80, zu tun, wo Türen, Fenster, Möbel und anderes in Flammen standen. Noch waren diese Brände nicht gelöscht, als schon wieder ein Dachstuhlbrand aus der Königsstraße zur Meldung kam. Dort brannte der Dachstuhl des Hauses Nr. 66 und Teile des Hauses Nr. 65. Da im Dachgeschoss Wädhelammern sich befinden, deren Fenster auf das feile Dach münden, so bestand dort die Gefahr, daß Personen, denen der Rückweg über die Treppen abgeschnitten, nicht leicht hätten gerettet werden können. Zum Glück fand aber die Feuerwehr keine Personen mehr dort vor.

Mit Rücksicht auf die Zunahme der Brandstiftungen wird erzwungen, die Hauseigentümer in all den Fällen für den Schaden verantwortlich zu machen, in denen nachgewiesen werden kann, daß es an der nötigen Sorgfalt und Beobachtung gefehlt hat. In solchen Fällen, wo zum Beispiel die Boden Türen nicht genügend mit sicheren Schlössern versehen sind, die Türen offen stehen oder leicht geöffnet werden, wo es an der Kontrolle fehlt, Fremde ohne weiteres die Böden betreten können, soll der Regrehananspruch ausgedehnt werden.

Einen schweren Verlust hat am Sonnabend ein Arbeiter erlitten, indem er nachmittags 3 Uhr auf dem Wege von der Jasmunder Straße bis zur Urdomstraße 28a seinen ganzen Wochenlohn (30 Mark in Papiergeld) verlor. Der Verlierer bittet den eventuellen Finder um Abgabe bei Schlücker, Urdomstraße 28a, rechter Seitenflügel parterre.

Kadrennen zu Treptow, 22. März. Die Eröffnung der Rennsaison vollzog sich bei sonnigem, wenn auch kühlem Wetter vor völlig ausverkauftem Hause. Die Rennen brachten spannende Kämpfe und verliefen ohne jeden Unfall. Drei der besten Treptower Dauerfahrer, Artur Stellbrink, der Zehlendorfer Schulze und der Dresdener Rosenlöcher nahen in zwei Rennen ihre Kräfte. In dem 10 Kilometer-Rennen mit Motorführung (100, 60, 40 M.) siegte Stellbrink in 4 Minuten 17 1/2 Sekunden vor Schulze (160 Meter zurück) und Rosenlöcher (270 Meter); die Reihenfolge war während des ganzen Rennens die gleiche. Aufregender gestaltete sich das 50 Kilometer-Rennen hinter Motoren (600, 400, 200 M.), das von Schulze in 42 Minuten 23 1/2 Sekunden vor Rosenlöcher (2200 Meter) und Stellbrink (2340 Meter zurück) gewonnen wurde. Anfangs hatte Stellbrink die Spitze, hart bedrängt von Rosenlöcher, während der Zehlendorfer etwa 200 Meter zurückblieb, doch nach dem 10. Kilometer holte er zusehends auf, nach dem 13. Kilometer überholte er Rosenlöcher und nach dem 22. auch Stellbrink, um ungescholten mit weitem Vorsprung zu siegen, denn seine Gegner, durch mehrfachen Wechsel ihrer Führung behindert, gerieten immer mehr ins Hintertreffen. — In einem Rennen der Rennmotoren über 5 Kilometer (100, 50, 25 M.) erwies sich der Schwinnmacher Lise als der Beste; er beendete die Fahrt in 3 Minuten 48 1/2 Sekunden vor Gehlich (310 Meter), Sander (430 Meter) und Käfer (640 Meter zurück). Zwei Rennen für die Flieger wurden von starken Redern bestritten. Das Hauptfahren über 1200 Meter (50, 25, 15, 10 M.) gewann Stabe vor Kade, Pöhlke und Hoffmann. Im Vorgabefahren 1500 Meter (40, 25, 15, 10, 5 M.) siegten die Außenleiter: L. v. Kaymer (130 Meter Vorgabe, 2. Gorsch (120 Meter), 3. Hildebrandt (150 Meter), 4. Wänerle (130 Meter) vor Kade (Mal), der noch den fünften Preis rettete, und den anderen.

Straßensperren. Es sind gesperrt bis auf weiteres: Die Parallelstraße der Königsgräber Straße vom Plaque vor dem Oranienburger Tor bis zur Kennstraße, die Grünstraße von der Gertraudenstraße bis zur Grünstraßen-Brücke, und die Friedrichstraße im Zuge der Rohrleitstraße zur Herstellung einer Tunnelbohrung der U-Bahn vom 2. d. März, ab zur Hälfte (zunächst die östliche, dann die westliche Hälfte).

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Montag kam auf dem Gesundbrunnen Feuer aus. In der Freienwalder Straße 13 stand ein Stallgebäude in Flammen. Nach Rettung der Pferde gelang es mit zwei Schlauchleitungen, den Brand auf das Stallgebäude zu beschränken. Die Entschung wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt. — Am Sonntagabend kam während der Vorstellung in einem Kinematographentheater Feuer aus. Bei Anfuhr des 7. Zuges brannte der Vorführungsraum Petersburger Straße 67a. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Das Publikum blieb ruhig. — Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Brunnenstraße alarmiert. Zuerst nach der Brunnenstr. 108, wo Fässer brannten, und dann nach der Brunnenstr. 41. — Ferner hatte die Wehr in der Elshofer Straße 93 zu tun, wo in einer Wohnung Feuer ausgekommen war.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Gemeindevahlen finden heute statt in Zehlendorf nachmittags von 5—8 Uhr, in Reinickendorf (Erstwahl für den Genossen Schilling) nachmittags von 4—8 Uhr und in Lichtenrade (Stichwahl) nachmittags von 5 bis 8 Uhr.

Zehlendorf. Die Gemeindevahl für die dritte Wählerklasse findet heute nachmittags von 5 bis 8 Uhr statt. Nach den Anstrengungen, die die Gegner in der Agitation machen, um das Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindevertretung zu verhindern, müssen die Genossen Mann für Mann antreten, damit auch der letzte säumige Wähler an seine Pflicht erinnert wird.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie, die Genossen Wilhelm Nim und Eduard Scheeler, können nur unter Anspannung aller Kräfte gewählt werden.

Die Genossen, die bereits früher abkommen können, treffen sich um 8 1/2 Uhr bei Mitsky. Diejenigen, die sich jedoch erst um 5 Uhr zur Wahlarbeit bereitstellen können, kommen nach dem Lokal „Zur Klause“. Luc also jeder seine Pflicht!

Niederlehme. Die Wähler der dritten Klasse werden auf die heute nachmittags von 5—8 Uhr stattfindende Gemeindevahl aufmerksam gemacht. Es

wird erwartet, daß die Arbeiterklasse einmütig für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Genossen Marschall, eintritt.

Reinickendorf. Heute findet nachmittags von 4 bis 8 Uhr im ersten Bezirk (Reinickendorf-West) nochmals im Parkischen Restaurant, Scharnweberstraße eine Erstwahl für den verstorbenen Genossen Schilling statt. Kandidat ist Genosse Otto D.H.L. Parteigenossen! Eure Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß der heutige Tag vollendet, was der gestrige begonnen.

Wahlergebnisse.

Reinickendorf. Bei der gestrigen Wahl erhielten in der dritten Klasse unsere Genossen Maleika (1. Bezirk) 242 Stimmen; Kühn (2. Bezirk) 198 Stimmen; Gränder (3. Bezirk) 143 Stimmen. Die Gegner erhielten 40, 141, 55 Stimmen. Gewählt sind unsere Genossen.

Zehlendorf. In der Ergänzungswahl der dritten Abteilung wurde der Genosse Albert Methner mit 16 Stimmen gegen 9 bürgerliche Stimmen wieder gewählt. In der ersten Abteilung findet eine Stichwahl zwischen einem Bauerngutbesitzer und einem gewerkschaftlich organisierten Maurer statt.

Müritzen. Bei der Gemeindevahl in der dritten Abteilung erhielt unser Kandidat 52 Stimmen, während auf den bürgerlichen Kandidaten 75 Stimmen entfielen. Letzterer ist somit gewählt.

Groß-Beften. Bei der Stichwahl zur Gemeindevertretung siegte unser Genosse Kees mit 25 gegen 24 Stimmen, die auf den Wirtschaftskandidaten entfielen. Von 109 eingeschriebenen Wählern übten nur 49 ihr Wahlrecht aus.

Charlottenburg.

Ein Mordanschlag gegen einen Arzt wurde gestern vormittag in Charlottenburg verübt. Als vormittags um 8 1/2 Uhr der in der Grokmannstr. 14 wohnende praktische Arzt Dr. Alfred Marcuse die Tür zum Speisezimmer in den Wartesaal öffnete, gab ein junger 19 Jahre alter Mann namens Freisleben drei Schüsse auf den Arzt ab. Die Kugeln verletzten Dr. Marcuse an der linken Brust, am Oberarm und am kleinen Finger der linken Hand. Der Betroffene flüchtete, verfolgt von dem Angreifer, in sein Studierzimmer, dessen Tür er sofort hinter sich schloß. Der Verfolger gab noch zwei Schüsse auf die Tür ab. Als die Wirtschafterin auf die Hilferufe des Arztes erschien, flüchtete Freisleben unter Zurücklassung von Hut und Mantel auf die Straße, wo er festgehalten und zur Wache gebracht wurde. Anscheinend handelt es sich um die Tat eines Geisteskranken. Dr. Marcuse hatte die Eltern Freislebens behandelt, die beide im Irrenhause gestorben sind.

Das Ledigenheim für männliche Personen in der Dankefmannstraße 48/49 geht nunmehr seiner Eröffnung entgegen. Am 1. April soll es in Benutzung genommen werden. Das Heim enthält durchweg Einzelzimmer zum monatlichen Mietpreis von 10—12 M. je nach Lage und Standort, einschließlich elektrischer Beleuchtung und Zentralheizung. In jedem Stockwerk befinden sich einige Zimmer mit 2 und 3 Betten zum monatlichen Mietpreis von 7—10 M. für das Bett. Für Frühstück wird ein monatlicher Preis von 3 M. erhoben. Im Hause befindet sich ein Restaurant mit vollständigen Preisen, ferner eine Zweigstelle der städtischen Wäscherei mit Waschsal und eine Zweigstelle der städtischen Volksbadeanstalt mit Brause- und Bannbädern. Verpflegung täglich nach Meldung beim Hausinspektor, der auch zum Abkühl der Mietverträge ermächtigt ist. Bevorzugt werden bei der Vermietung Personen, die sich bisher in Schlafstellen befunden haben.

Rixdorf. Familien sorgen trieben am Montagmorgen den in der Elberstraße 31 wohnhaften 41jährigen Tischler Gustav Schröder in den Tod. Durch Krankheit in der Familie zur Verzweiflung getrieben, trank Schröder Cognac. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte den Vergifteten nicht mehr am Leben erhalten.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurde die von der Vertretung am 28. Februar d. J. beschlossene Grundsteuerordnung von dem Landrat in einigen Punkten bemängelt und eine Änderung empfohlen. Die vorgelegene Fassung wurde einstimmig angenommen. Von der Wasserbauinspektion ist für die Dampfstraße über das Müggelgebäude ein neuer Fahrplan aufgestellt. Im Gegensatz zum alten Tarif kostet das Uebersehen von einer bis drei Personen jetzt 10 Pf. (früher 5 Pf.), von mehr als drei Personen 5 Pf. pro Person. Für ein oder zwei Kinder unter 14 Jahren in Begleitung Erwachsener sind 5 Pf. pro Kind, für mehr Kinder 3 Pf. pro Kind zu entrichten. Die Fahrkosten für Wagen, Pferde, sonstige Vieh, Automobile und Schlitten sind erhöht, so daß der neue Tarif im allgemeinen eine Erhöhung vorsieht. Ferner enthält der Tarif die neue Bestimmung, daß in den Sommermonaten und zwar vom 1. April bis 30. September für das Uebersehen die Stunden von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens doppelt zu bezahlen sind. Da jedoch diese Änderung gegenüber dem alten Tarif ein Rückschritt bedeutet und einen schädigenden Einfluß auf den Verkehr ausüben würde, beschloß die Vertretung einstimmig, der Wasserbauinspektion zu empfehlen, diesen Paragraphen zu streichen. Bei der Verachtung der Dampfstraße erhielt der Eigentümer Reinhold Tantom mit einem Angebot von 6240 M. pro Jahr den Zuschlag auf die Pachtdauer vom 1. April 1908 bis 31. März 1913. Die bisherige Pachtsumme betrug 4500 M. Von den 17 eingegangenen Offerten war Tantom der Meistbietende.

Friedrichsfelde.

In den Schröpfungen der Gemeinde durch den Unternehmer Bruch, die betänlich durch die Sozialdemokratie in die Öffentlichkeit gebracht wurden, schreibt man uns: Einer großen Anzahl von Friedrichsfelder Bürgern und Gemeindevertretern wurde das diebezügliche Material viel früher zur Verfügung gestellt als unseren Genossen. Erst nachdem die betreffenden Herren keinen Gebrauch davon machten, wurde es den sozialdemokratischen Gemeindevertretern zur Vertretung übergeben. Durch die Prüfung der mit dem Unternehmer aufgestellten Rechnungen, durch den Sachverständigen der Gemeinde, Herrn Vaurat Aleemann, ist erwiesen, daß Bruch die Gemeinde um mehr als eine Million Mark überdortelt hat.

Auch ist dem neuen Gemeindevorsteher schon vor Monaten Material zur Verfügung gestellt worden, wonach bewiesen werden kann, daß diese Millionenschiebung nur durch die aktive und passive Beihilfe von Beamten möglich war.

Schmiergelber und sonstige „kleine Geschenke“, scheinen dabei eine große Rolle gespielt haben. Hat doch der Unternehmer unter Zeugen, in bezug auf den Gemeindevorsteher gesagt: „Dat er noch nicht genug gezogen; will er denn noch mehr schlucken?“

Einem Bauffeher der Gemeinde, welcher dem Unternehmer etwas auf die Finger sah, wurden von einem Angestellten des B. mehrere Male je 50 M. angeboten. Der Bauaufseher lehnte jedoch ab. B. machte nun wohl glauben, die Ablehnung erfolge, weil der Betrag von 50 M. zu niedrig sei. Bruch bot deshalb dem Bauaufseher selbst einige blaue Lappen an.

Diese Tatsachen hat der Bauaufseher beim Gemeindevorsteher zu Protokoll erklärt.

Sobiel bekannt, hat die Gemeinde, trotz der obigen Tatsachen, noch keine Strafanzeige gegen B. erhalten. Es sollen sogar Verhandlungen im Gange sein, um die Sache im stillen, durch einen billigen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Die Arbeiter und „gewöhnlichen Bürger“ sollen so wenig wie möglich von dem „Panama“ erfahren. Ein Karlsdorfer Bürger und Grundbesitzer wollte in einer der letzten Versammlungen nähere Auskunft über die Millionenschiebung erlangen. Es wurde ihm jedoch bedeutet, daß er sich hübsch still verhalten soll; denn von der öffentlichen Aufdeckung des ganzen Skandals hätten doch nur die Sozialdemokraten Vorteil. Die Karlsdorfer Gemeindevähler werden aber auch so wissen, wen sie zu wählen haben: Nur die sozialdemokratischen Gemeindevertreter arbeiten dahin, daß die Gemeindevahlen in eigener Regie ausgeführt werden. Dadurch würde es möglich sein, derartige Uebelstände, wie sie bei der Ausführung der Kanalisation zutage getreten sind, zu vermeiden und hunderttausende Mark, die jetzt als Interimsergebnis verloren gehen, könnten zum besten der ganzen Gemeinde verwendet werden.

Weißensee. Vier Gemeindevertreter sind im Laufe dieser Woche einberufen, wozu sich drei mit der Beratung des Etats beschäftigen. Der Etat der ordentlichen Verwaltung schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 2 347 018 M. gegen 1 907 354 M. im Vorjahre ab. Bei der außerordentlichen Verwaltung sind in Einnahme und Ausgabe gebräut 7 700 000 M. gegen 4 000 000 im vorigen Jahre. Der gesamte Haushaltsplan zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 10 044 282 M. gegen 5 907 348 M. im Vorjahre. Die Bildung eines Grunderwerbefonds, der Ankauf des Nieselgutes Birchholz, sowie der Ausbau der Kanalisation haben diese Steigerung von 4 136 937 M. verursacht. Hinzukommen die Neupflasterungen verschiedener Straßen, der Bau einer Gemeindeparkhalle, eines Verwaltungsgebäudes usw.

Bernau. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem schiedsgerichtlichen Einigungsversuche, welcher zwischen der Stadt und der Gasanstalt empfohlen wurde, zu. Danach verpflichtet sich die Gasanstalt, in jeder neuen Straße, und zwar unter den Bürgersteigen zwei Rohre zu legen. Einbeziffen sind hierbei die bereits bestehenden drei Straßen, Lohmühlentweg, Kurfürsten- und Badendorfer Straße. Die Stadt hat hingegen die Verpflichtung, sofern nicht auf je 100 Meter Rohrlänge 20 Gasflammen benützt werden, die Verzweigung der Rohrleitung pro laufenden Meter zu tragen. Zweck Erbauung eines Krankenhauses ist die Stadt verpflichtet, ein dazu geeignetes Terrain zu erziehen, und ist zu diesem Zweck ein 12 Morgen großer Ackerplan der Kirchengemeinde in Aussicht genommen worden.

Die von der Stadt beauftragten Taxatoren hatten dieses an der Ladeburger Chaussee gelegene Grundstück auf 24 251,81 M. geschätzt. Dem Konfistorium in Berlin genigte aber diese Summe nicht und forderte 68 000 M. Es ließ sich jedoch überzeugen, daß dieses den örtlichen Verhältnissen keineswegs entspreche, weshalb die Kaufsumme zunächst auf 36 000 M. und dann auf 30 000 M. reduziert wurde.

Von unseren Genossen Krüger und Helbig wurde der unerhörte Vordemüher des Konfistoriums gebührend gezeigelt und darauf hingewiesen, daß die Stadt Berlin vor nicht langer Zeit Ländereien nahe bei Bernau pro Morgen mit 500 M. erworben hätte, wofür gegen Bernau verpflichtet werden soll, den Morgen mit 2500 M. zu bezahlen. Die Stadtverordnetenversammlung nahm mit der Begründung, daß sich die Stadt in einer Zwangslage befinde, da andere Grundstücke nicht zu haben seien, gegen die fünf Stimmen unserer Genossen die Magistratsvorlage an.

Der Antrag Helbig und Genossen, den Magistrat zu ersuchen, ein Ortsstatut zu erlassen betreffend die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die gesamte Hausindustrie, wurde nach längerer Diskussion gegen die drei Stimmen der Ackerbürger angenommen.

Der Magistratsvorlage wegen Anstellung eines vierten Polizeiergeanten traten unsere Genossen entgegen, da sie nicht einsehen konnten, daß es notwendig sei, noch eine Polizeikraft anzustellen. Ein Bürgerlicher der dritten Abteilung glaubte seinem Angestelltem mehr Verantwortung zu verschaffen, indem er es gern gesehen hätte, daß in der Weinbergstraße eine besondere Polizeiwache errichtet worden wäre. Die Vorlage wurde schließlich gegen die fünf Stimmen unserer Genossen sowie eines Bürgerlichen angenommen.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Süddeutsche Postillon“ bringt in Nummer 7 Vorklons Zoo: Edward v. Oldenburg-Japanisch; eine rührende Satire über die Hölle von R. Bantson; ferner: Auch ein Hobernast; ein prächtiges Tierbild von H. B.; als Schlußbild: Die gelbe Gefahr, ein vortrefflicher reicherer Bild in die europäische Kinderstube. — Das Zeitgebißt zeigt Karl Marx (mit Porträt) zu seinem 25. Todestage. Was in der Welt vorgeht, Ausprägungen am 18. März. Briefe aus Sachen über die neue Wahlreform, der Königsbrief und seine Folgen, Fleischnot und Fleischmord, Öhre, Gefährdungskrisen, Dumbesbruder und eine Menge kleinerer Beiträge machen diese Nummer sehr interessant. In bezug auf alle Parteibuchhandlungen, sowie beim Verlage von R. Ernst, München.

Künftlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktliche Fleis: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Hammelfleisch ansiehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise fest. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise behauptet. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter la nachlassend. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise gedrückt.

Witterungsübersicht vom 23. März 1908, morgens 8 Uhr.

Station	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Wolkenhölte	Temperatur in Grad Celsius	Station	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Wolkenhölte	Temperatur in Grad Celsius
Swinemüde	766 ED	6 mäßig	1	Dapornada	774 SW	2 bedeckt	-6		
Damberg	762 D	5 mäßig	3	Peterburg	779 SW	bedeckt	-10		
Berlin	764 DSO	3 heiter	1	Stettin	757 SW	4 mäßig	7		
Frankfurt a. M.	759 SD	1 heiter	4	Übersee	753 SED	3 bedeckt	6		
München	759 SD	1 mäßig	-1	Paris	757 SW	1 bedeckt	6		
Wien	762 ED	2 bedeckt	3						

Wetterprognose für Dienstag, den 24. März 1908. Trocken und vorwiegend heiter, nachts leichter Frost, am Mittwoch ziemlich warm bei mäßigen östlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerfunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 22. 3.		am 21. 3.		
	m	cm	m	cm	
Remel, Mühl	501,9	-7	Saale, Großh.	190	-4
Bregel, Jüterburg	283,4	-18	Havel, Spandau	155	-10
Hirschel, Thon	406,9	-18	Rathenow	182	+1
Dder, Rathor	198	+13	Spree, Spremberg	112	0
• Kronen	235	-11	Becken	208	-2
• Franzfurt	239	-11	Beser, Linden	39	-7
• Bartbe, Schimm	218	-4	• Linden	126	-3
• Landsberg	245	-4	• Rhen, Nauen	353	-1
• Reye, Nordam	114	-5	• Raab	294	-9
• Elbe, Lohmerich	52	+6	• Rhen	233	-12
• Dresden	-4	0	• Redar, Weißbrom	105	-5
• Barch	253	-9	• Rain, Werchitz	198	-3
• Rogeburg	212	-15	• Rosel, Wier	125	-6

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterbege, -) Eisland, -) Grundeis, -) eisfrei; heute vormittag 800 cm.

